

WIFO

1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Entwicklung und Verteilung der
Einkommen**

WIFO-Beitrag zum Sozialbericht 2012

**Christine Mayrhuber, Christian Glocker,
Thomas Horvath**

Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi, Doris Gabriel,
Silvia Haas

August 2012

Entwicklung und Verteilung der Einkommen WIFO-Beitrag zum Sozialbericht 2012

Christine Mayrhuber, Christian Glocker, Thomas Horvath

August 2012

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Begutachtung: Christine Zulehner, Thomas Leoni • Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi, Doris Gabriel, Silvia Haas

Inhalt

Die Zunahme des Volkseinkommens in den Jahren 2010 und 2011 ist stärker von der Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenserträge getragen als von der Zunahme der Arbeitnehmerentgelte: Der langfristige Trend einer Verschiebung der Einkommensanteile von den Lohn- zu den Unternehmens- und Vermögenserträgen wurde 2009 unterbrochen, setzte sich aber 2010 und verstärkt 2011 wieder fort: Die Unternehmens- und Vermögenserträge wuchsen 2011 mit +8,4% mehr als doppelt so stark wie die Arbeitnehmerentgelte (+3,9%). Die Lohnquote sank damit in Österreich weiter.

Die Heterogenisierung der Beschäftigungsverhältnisse trägt zur Einkommensspreizung der unselbständig Beschäftigten bei. In den vergangenen drei Jahrzehnten stieg der Gini-Koeffizient für die Bruttolohneinkommen der unselbständig Beschäftigten um 30% auf 0,452. Die Haushaltseinkommen sind weniger ungleich verteilt als die Bruttolohneinkommen der aktiv Beschäftigten. Aber auch hier ist eine leichte Zunahme der Ungleichheiten zu beobachten: Der Gini-Koeffizient erhöhte sich zwischen 2004 bis 2010 von 0,331 auf 0,333%.

Rückfragen: Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at, Christian.Glocker@wifo.ac.at, Thomas.Horvath@wifo.ac.at

2012/315/S/WIFO-Projektnummer: 412

© 2012 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 50,00 € • Kostenloser Download: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/45798>

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	3
1 Die Entwicklung des Volkseinkommens und seiner Verteilung	6
1.1 <i>Die relative Entlohnung des Faktors Arbeit sinkt</i>	10
1.2 <i>Zunehmende Abgabenbelastung der ArbeitnehmerInneneinkommen</i>	12
1.3 <i>Implikationen und Ausblick</i>	13
2 Personelle Einkommensverteilung	14
2.1 <i>Entwicklung der Löhne und Gehälter unselbstständig Beschäftigter</i>	17
2.1.1 <i>Einkommensniveaus und Unterschiede in den Wirtschaftszweigen</i>	17
2.1.2 <i>Einkommensniveaus nach sozialrechtlichem Status</i>	19
2.1.3 <i>Einkommensunterschiede von Frauen und Männern in den Wirtschaftsklassen</i>	21
2.1.4 <i>Die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede</i>	25
2.1.5 <i>Einkommensunterschiede in den Altersgruppen</i>	26
2.2 <i>Verteilung der Löhne und Gehälter unselbstständig Beschäftigter</i>	28
2.2.1 <i>Verteilung der Bruttoeinkommen</i>	29
2.2.2 <i>Verteilung der Nettoeinkommen</i>	31
3 Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen	34
4 Verteilungsposition Österreichs im europäischen Vergleich	38
4.1 <i>Verteilungsposition auf Haushaltsebene</i>	40
4.2 <i>Verteilungsposition nach Geschlecht</i>	43
Literatur	46

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Die langfristige Entwicklung der Einkommen	9
Abbildung 2:	Lohnquote brutto, bereinigt und unbereinigt	10
Abbildung 3:	Entwicklung der Brutto- und Nettolohnquote, unbereinigt	12
Abbildung 4:	Medianeinkommen nach Altersgruppen und Geschlecht, 2010	28
Abbildung 5:	Entwicklung der Einkommensungleichheit in der EU	41
Abbildung 6:	Einkommensungleichheit vor und nach Steuern und Transfers in der EU (2008)	42

Übersichtenverzeichnis

Übersicht 1:	Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte	8
Übersicht 2:	Medianeinkommen (inkl. Sonderzahlungen) nach Wirtschaftsbereichen in Österreich 2008 und 2010	19
Übersicht 3:	Durchschnittseinkommen nach sozialrechtlicher Stellung und Geschlecht, 2008 und 2010 (Vollzeitbeschäftigte mit ganzjährigen Bezügen)	20
Übersicht 4:	Medianeinkommen und Einkommensrückstände nach Wirtschaftsklassen und Geschlecht in Österreich, 2008 und 2010	23
Übersicht 5:	Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede	25
Übersicht 6:	Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen, 1976-2010	31
Übersicht 7:	Verteilung der Brutto- und Nettobezüge der ArbeitnehmerInnen insgesamt, 1995 und 2010 im Vergleich	32
Übersicht 8:	Höhe und Entwicklung der Brutto- und Nettobezüge ArbeitnehmerInnen insgesamt, 1995 und 2010 im Vergleich	33
Übersicht 9:	Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 bis 2010	36
Übersicht 10:	Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2004 bis 2010	38
Übersicht 11:	Gender Pay Gap (GPG) in der Eurozone, 2010	45

Executive Summary

In der Rezession 2009 sank das aus dem gesamten Produktionsprozess erwirtschaftete Volkseinkommen nominell um 4,7%, stieg 2010 wieder um 5,0% und 2011 weiter um 5,3% an. Zwischen 2000 und 2010 erhöhte sich das Volkseinkommen im Durchschnitt um 3,4% pro Jahr.

Die Einzelkomponenten des Volkseinkommens entwickelten sich im abgelaufenen Jahrzehnt sehr unterschiedlich: Während die ArbeitnehmerInnenentgelte mit durchschnittlich 2,9% pro Jahr zunahmen, verzeichneten die Unternehmens- und Vermögenserträge jährliche Zuwächse von 4,6%. Während in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts die ArbeitnehmerInnenentgelte mit 2,3% p.a. deutlich schwächer zulegten als die Unternehmens- und Vermögenserträge mit 6,6% p.a., kehrte sich in der zweiten Hälfte das Muster um: Im Zuge der Finanzkrise wuchsen in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Unternehmens- und Vermögenserträge mit durchschnittlich +2,6% p.a. weniger stark als die ArbeitnehmerInnenentgelte mit +3,6% p.a. Der langfristige Trend bezüglich der Verschiebung der Einkommensanteile von den Lohn- zu den Unternehmens- und Vermögenserträgen wurde somit 2009 unterbrochen, setzte sich aber schon 2010 und verstärkt 2011 wieder fort: Die Unternehmens- und Vermögenserträge wuchsen 2011 mit 8,4% mehr als doppelt so stark wie die ArbeitnehmerInnenentgelte mit +3,9%. Die Lohnquote in Österreich sinkt damit weiter.

Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung folgt in Österreich dem internationalen Trend der zunehmenden Heterogenisierung der Beschäftigungsverhältnisse - der steigende Anteil an Teilzeitjobs ist ein Ausdruck davon. Die anhaltende geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes und die ausgeprägten intersektoralen Lohnunterschiede tragen zur Einkommensspreizung ebenso bei, wie die im europäischen Vergleich hohe Anzahl an geleisteten Wochenarbeitsstunden der Vollzeitbeschäftigten mit entsprechenden Einkommen.

Die Einkommen im Sachgüterbereich liegen um ein Fünftel über den Medianeinkommen aller Wirtschaftsbereiche. Unterdurchschnittliche Einkommen finden sich in der Gastronomie/Beherbergung und im Handel. Die geschlechtsspezifische Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes bedeutet, dass die Mehrheit der Frauen in Wirtschaftsbereichen mit unterdurchschnittlichen Medianeinkommen arbeitet. Auch von den vollzeitbeschäftigten Frauen in der Privatwirtschaft arbeitet ein Drittel der

Frauen in Niedriglohnjobs, bei den Männern sind es 10%. Der Einkommensrückstand der Frauen gegenüber den Männern sank zwischen 2002 und 2007 auf der Grundlage von Stundenlöhnen um fünf Prozentpunkte auf 19%. Diese Entwicklung folgt einem Trend der sich nur mehr gebremst fortsetzt. Vergleichbare Daten für die Europäische Union zeigen, dass der Gender Pay Gap nur noch in Estland größer ist als in Österreich, in Tschechien ist er gleich hoch, alle übrigen Mitgliedsländer haben geringere Stundenlohndifferenzen zwischen Frauen und Männer.

Eine Senioritätsentlohnung – also die Zunahme der Entlohnung mit steigendem Alter – ist nur für angestellte Männer beobachtbar: 50- bis 55-Jährige verdienen mehr als doppelt so viel wie 20- bis 24-jährige angestellte Männer. Ältere Arbeiter haben ein Monatsentgelt das um 20% höher liegt als jenes von 20- bis 24-jährigen Arbeitern. Angestellte Frauen haben nach den Einkommensrückgängen bis zum 40. Lebensjahr danach eine leicht steigende Entlohnung. Arbeiterinnen verzeichnen keine Einkommenszuwächse über ihren Erwerbsverlauf.

Auf der Grundlage der Lohnsteuerstatistik zeigt sich sowohl lang- als auch kurzfristig eine deutliche Zunahme der Einkommensungleichheiten: In den vergangenen drei Jahrzehnten stieg der Gini-Koeffizient für die Bruttolohneinkommen der ArbeitnehmerInnen um 30% auf 0,452 an. Allein seit 1995 erhöhte sich der Gini-Koeffizient um 10,3%, eine Entwicklung die nicht nur auf der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung begründet ist. Auch in der Gruppe der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Männer stieg die Einkommensungleichheit von 1995 bis 2010 um 9,8% an. Das Fünftel mit den höchsten Einkommen bezog 1995 44,4% der Gesamteinkommen, bis 2010 stieg der Anteil um drei Prozentpunkte auf 47,4% an. Im 4. Quintil blieb der Anteil am Gesamteinkommen in diesen 15 Jahren konstant, der Einkommensanteil der unteren drei Quintile ging zurück.

Die verfügbaren Haushaltseinkommen – sie enthalten auch Transfers an die Haushalte – sind weniger ungleich verteilt als die Bruttolohneinkommen der aktiv Beschäftigten. Zwischen 2004 bis 2010 sank der Gini-Koeffizient für alle Haushalte von 0,331 im Jahr 2004 auf 0,326 im Jahr 2006 und stieg danach wieder leicht an (2010: 0,333). Für die Haushalte ohne Selbstständige zeigt sich seit 2004 eine durchgehende, leicht ansteigende Einkommensungleichheit, im letzten verfügbaren Jahr stieg der Gini-Koeffizient um 2,5% auf 0,284 an.

International und in Europa vergrößerte sich die Einkommensspreizung der verfügbaren Einkommen privater Haushalte in den vergangenen drei Jahrzehnten deutlich. Während in Belgien, Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien die Einkommen im unteren Dezil schneller zunahmten als im oberen Dezil gab es eine zweite Ländergruppe, in der die Einkommen der unteren beiden Dezile langsamer wuchsen als die Einkommen der oberen Dezile. Zu dieser Ländergruppe gehört auch Österreich.

1 Die Entwicklung des Volkseinkommens und seiner Verteilung

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft war in den letzten Jahren von einem hohen Maß an Volatilität geprägt. Aufgrund der Finanzkrise brachen Mitte 2008 die Exportnachfrage, Industrieproduktion und die Ausrüstungsinvestitionen mit einer Dynamik ein, wie sie seit Jahrzehnten nicht zu beobachten gewesen war. Die Rezession führte zu einer deutlichen Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten. Die Arbeitslosenzahl stieg markant an und das Abgabenaufkommen des Staates sank vor allem aufgrund des Rückgangs der Beschäftigung und des Einbruchs der Gewinne kräftig; das Finanzierungsdefizit des Staates verschlechterte sich von 0,9% (2008) auf 4,5% (2010) bzw. 2,6% (2011) des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das BIP sank ab Mitte 2008 vier Quartale in Folge, im Jahr 2009 verringerte es sich real um 3,8% gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2010 setzte wieder ein deutlicher Konjunkturaufschwung ein. Er war getragen von einer zügigen Exportkonjunktur, begleitet von einer starken Investitionsbelebung und mäßiger, aber stetiger Expansion der Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Das BIP stieg deutlich an (2010: +2,3%, 2011: +3,0%). Diese positive Entwicklung spiegelt sich auch im Arbeitsmarkt wider: die Beschäftigung wurde rege ausgeweitet und liegt aktuell bei über 3,3 Mio. (unselbstständig aktiv Beschäftigte). In der zweiten Jahreshälfte 2011 verlor die österreichische Wirtschaft jedoch merklich an Schwung. Ein hohes Maß an Unsicherheit aufgrund der europäischen Staatsschuldenkrise führte zu einem Abschwung zum Jahresende. Aufgrund der schwachen Entwicklung im Euro-Raum verringerten sich vor allem die Impulse aus dem Ausland. Zwar stabilisierte sich die Beschäftigung auf einem hohen Niveau, die Situation auf dem Arbeitsmarkt bleibt aber dennoch eingetrübt – die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist zum Ende des Jahres 2011 leicht gestiegen, ein Trend, der sich auch 2012 fortsetzt.

Die Konjunktur spiegelt sich auch in der Einkommensentwicklung wider (vgl. Abbildung 1). Das Volkseinkommen, das aus den gesamten im Produktionsprozess erwirtschafteten Faktoreinkommen, wie den Arbeitsentgelten (Bruttolöhne und -gehälter sowie ArbeitgeberInnenbeiträge zur Sozialversicherung) und den Gewinn- und Vermögenserträgen besteht, sank aufgrund der Rezession im Jahre 2009 um nominell 4,7%. 2010 stieg es kräftig an (+5,0%) ein Trend der sich auch 2011 mit +5,3 fortsetzte. Innerhalb des letzten Jahrzehnts erhöhte sich das Volkseinkommen im Durchschnitt um 3,4% pro Jahr (siehe Übersicht 1). Die ArbeitnehmerInnenentgelte nahmen im gleichen

Zeitraum mit 2,9% pro Jahr leicht schwächer zu. Vor allem in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts stiegen die ArbeitnehmerInnenentgelte nur leicht (+2,3% p.a.). Im gleichen Zeitraum nahmen die Unternehmens- und Vermögenserträge fast dreimal so stark zu (+6.6% p.a.). In der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts änderte sich dieses Muster. Ein Anstieg der ArbeitnehmerInnenentgelte von 3,6% steht einem leicht geringeren Anstieg der Unternehmens- und Vermögenserträge von 2,6% gegenüber. Während 2011 die ArbeitnehmerInnenentgelte wieder um 3,9% zulegten, erhöhten sich die Unternehmens- und Vermögenserträge 8,4%. Das allgemeine Bild der Verteilung des Volkseinkommens wird in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts vor allem durch die Finanzkrise stark verzerrt – die zu Beginn des letzten Jahrzehnts beobachtbare Beschleunigung der Verschiebung der Einkommensanteile von den Lohn- zu den Unternehmens- und Vermögenserträgen wurde wesentlich durch das Jahr 2009 unterbrochen. Der moderate Anstieg des Lohneinkommens im Krisenjahr (+0,9%) steht im Kontrast zu dem dramatischen Fall der Unternehmens- und Vermögenserträge (-15,7%). Der Grund hierfür liegt in der stärkeren Abhängigkeit der Gewinn- und Vermögenseinkommen vom Konjunkturzyklus. In der Rezession brechen Produktivität und Gewinne rasch ein, hingegen reagieren die kontraktbestimmten Lohneinkommen mit erheblicher Verzögerung. Im Jahr 2009 war dies besonders stark ausgeprägt: zum einen war der Einbruch der Produktion und damit der Gewinne besonders tief, zum anderen lagen die Lohnabschlüsse aufgrund der hohen Inflationsrate des Vorjahres relativ hoch. Schon das Jahr 2010 war wieder vom alten Muster geprägt - ein Anstieg des Volkseinkommens von 5,0% setzte sich aus einer leichten Zunahme des Lohneinkommens von 2,1% und einer starken Erhöhung der Unternehmens- und Vermögenserträge von 11,9% zusammen.

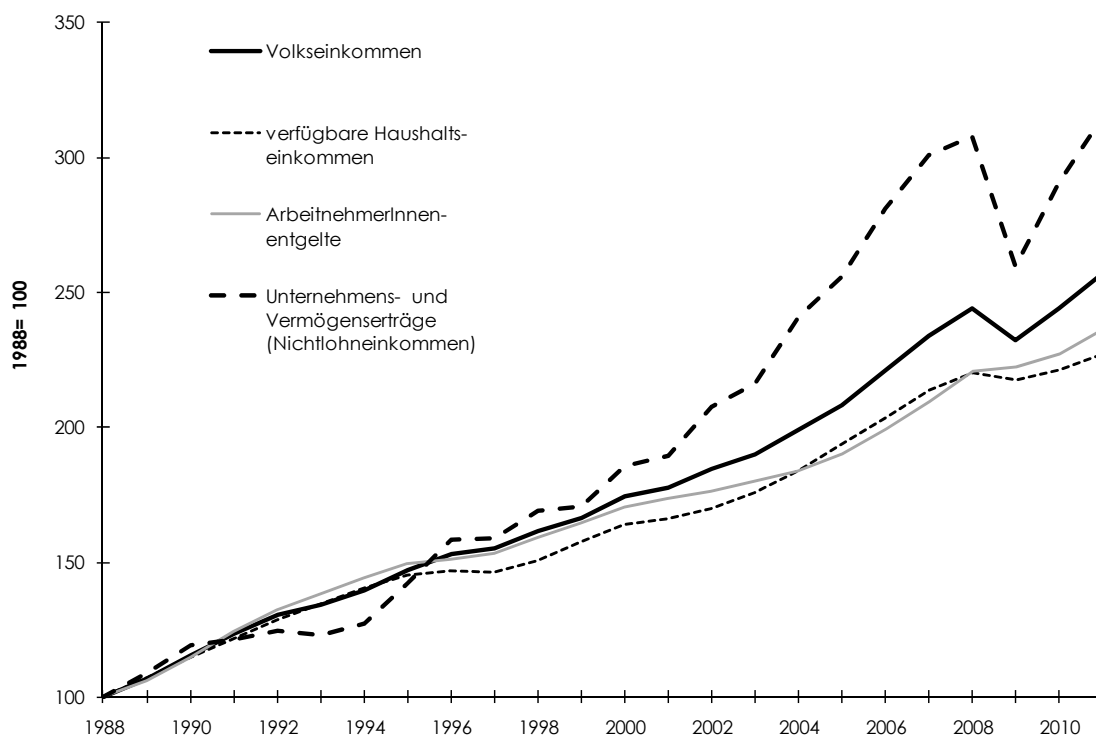
Insgesamt nahmen im letzten Jahrzehnt die Unternehmens- und Vermögenserträge um ungefähr 56% zu, während sich die Arbeitnehmerentgelte mit rund 33% viel schwächer entwickelten; zum Vergleich: das Bruttoinlandsprodukt stieg in diesem Zeitraum um nominal 37% an.

Übersicht 1: Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte

	1990- 2000	2000- 2005	2005- 2010	2009	2010	2000- 2010	2011
	Jährliche Ø Veränderungsrate			Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		Jährliche Ø Veränderungsrate	Veränd. in % gegen- über dem Vorjahr
Volkseinkommen							
insgesamt	4,2	3,6	3,3	-4,7	5,0	3,4	5,3
je EinwohnerIn	3,7	3,0	2,9	-5,0	4,7	2,9	4,9
Arbeitnehmerentgelte							
insgesamt	4,0	2,3	3,6	0,9	2,1	2,9	3,9
je unselbständig aktiv Beschäftigte	3,4	1,9	2,6	2,4	1,3	2,3	1,9
Unternehmens- und Vermögenserträge							
insgesamt	4,6	6,6	2,6	-15,7	11,9	4,6	8,4
je EinwohnerIn	4,1	6,1	2,2	-16,0	11,6	4,1	8,0
Nettolöhne und -gehälter je unselbständig aktiv Beschäftigte, nominell							
	2,6	1,8	2,9	4,2	1,0	2,3	1,4
je unselbständig aktiv Beschäftigte, real mit Konsumdefl.							
	0,5	0,1	1,0	3,8	-0,9	0,6	-2,1
Konsumdeflator	2,1	1,7	1,8	0,4	1,9	1,8	3,6
Verbraucherpreisindex	2,3	2,0	1,8	0,5	1,8	1,9	3,2

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

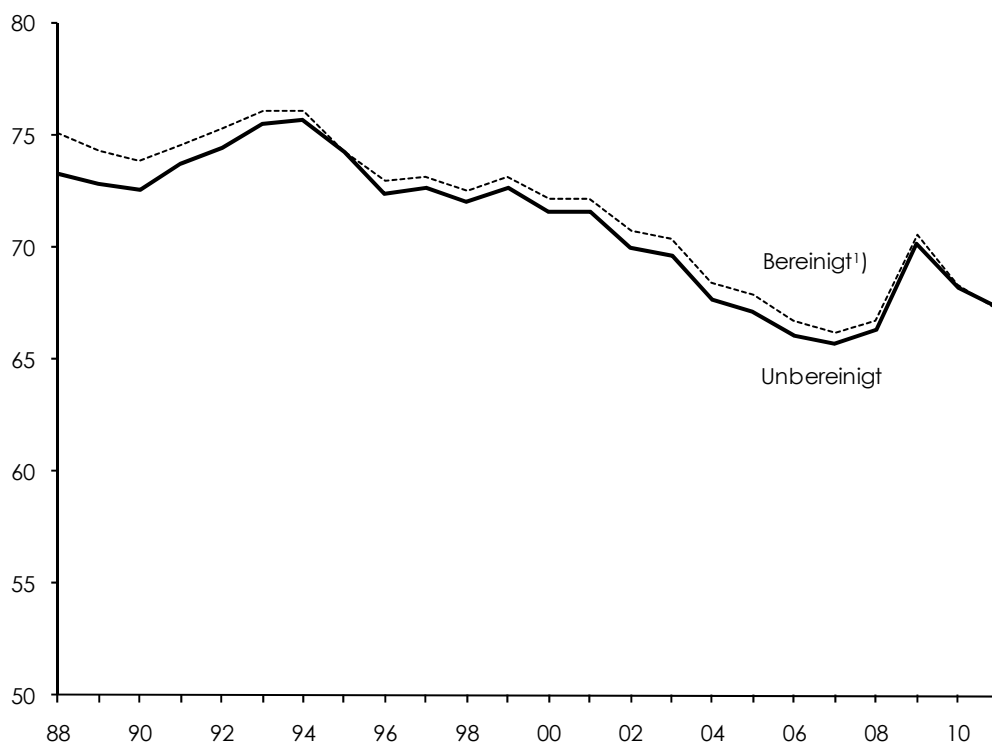
Abbildung 1: Die langfristige Entwicklung der Einkommen



Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

1.1 Die relative Entlohnung des Faktors Arbeit sinkt

Abbildung 2: Lohnquote brutto, bereinigt und unbereinigt
In % des Volkseinkommens



Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹) Lohnquote bereinigt um die Verschiebungen des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.

Die Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung von den Lohn- zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen findet in der Lohnquote einen deutlichen Niederschlag. Letztere misst den Lohnanteil am Volkseinkommen. Bereinigt um die Abnahme des Selbständigenanteils an der Beschäftigung war die Lohnquote seit Ende der achtziger Jahre bis Mitte der neunziger Jahre bemerkenswert stabil und bewegte sich zwischen 73,8% und 76,1%¹ (vgl. Abbildung 2). Die unbereinigte Lohnquote erreichte ihren höchsten Wert von 75,7% im Jahre 1994 und ist seitdem um

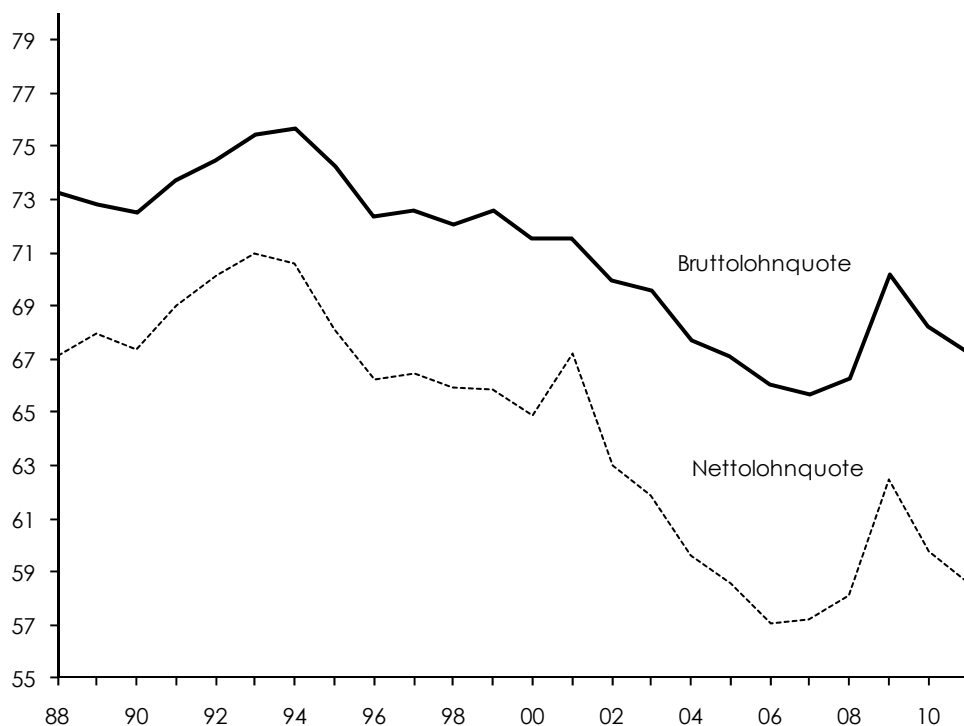
¹ Betrachtet man den Verlauf der Lohnquote über einen noch längeren Zeitraum als jenen in Abbildung 1, so wird man feststellen, dass die Lohnquote seit den späten 1970er-Jahren bereinigt und unbereinigt einem leicht fallenden Trend unterliegt.

fast sieben Prozentpunkte auf 67,3% im Jahr 2011 gesunken. Ihren tiefsten Wert erreichte sie im Jahr 2007 (65,6%). Der Anstieg der Lohnquote in den Jahren 2008-2009 ist lediglich auf das anti-zyklische konjunkturelle Verhalten der ArbeitnehmerInnenentgelte und den pro-zyklischen Verlauf der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Zuge der Finanzkrise zurückzuführen und nicht auf strukturelle Veränderungen im Arbeitsmarkt.

Der in den Jahren 2010/2011 wieder eingesetzte Abwärtstrend in der Lohnquote wird sich in naher Zukunft fortsetzen. Die Ursachen für diese Umverteilung zu Lasten des Lohnanteils sind vielfältig. Zum einen ist die Arbeitsmarktlage entscheidend für die Entwicklung der Lohnquote. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den Lohnanteil am Volkseinkommen, da Arbeitslose nicht Arbeitseinkommen, sondern Transfereinkommen beziehen. Zugleich dämpft eine Zunahme der Arbeitslosigkeit die Tarifverhandlungsmacht der Gewerkschaften. Als Folge daraus werden Lohnerhöhungen hinter dem Produktivitätswachstum zurückbleiben, was die Lohnquote abermals dämpft. Eine weitere Ursache im Abwärtstrend der Lohnquote liegt in der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Form von Ausgliederung, verstärktem Einsatz von Leiharbeit, der raschen Zunahme der Teilzeitbeschäftigung sowie atypischer Beschäftigungsformen. Dies sind Arbeitsformen, die meist mit einem niedrigeren Einkommen verbunden sind. Auch die fortschreitende Globalisierung hat einen starken Einfluss auf die Verteilung der Einkommen. Gewinne- und Vermögenseinkommen profitieren in hoch entwickelten Ländern stark vom zunehmenden Prozess der Internationalisierung. In Österreich ist dieser Effekt wegen einer engen wirtschaftlichen Verflechtung mit osteuropäischen Ländern noch deutlicher ausgeprägt als in den meisten anderen Industrieländern (Breuss, 2007). Der Rückgang der Lohnquote erfolgte in Österreich seit Mitte der neunziger Jahre deutlich rasanter als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern.

1.2 Zunehmende Abgabenbelastung der ArbeitnehmerInnenneinkommen

Abbildung 3: Entwicklung der Brutto- und Nettolohnquote, unbereinigt



Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten brachte nicht nur eine Verschiebung der Einkommensverteilung mit sich, auch die Abgabenbelastung der Produktionsfaktoren hat sich verändert. Die zuvor diskutierte Bruttolohnquote misst die Primärverteilung des Volkseinkommens, die sich über den Markt ohne staatliche Umverteilung ergibt. Zur Beurteilung des Ausmaßes an Umverteilung eignet sich ein Vergleich der Bruttolohnquote mit der Nettolohnquote. Aus der Relation zwischen der Nettolohn-/Nettogehaltssumme – also nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer – und dem Volkseinkommen nach Abzug aller Sozialabgaben und direkten Steuern (der veranlagten Einkommens- und der Körperschaftssteuer) sowie aller Sozialabgaben auf die Faktoreinkommen ergibt sich die Nettolohnquote. Sie gibt an, wie sich das Nettovolkseinkommen auf die Faktoren Arbeit und Kapital verteilt. Sind Brutto- und Nettolohnquote gleich hoch, so entspricht die Abgabenbelastung der unselbständigen Einkommen jener der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Ist die

Nettolohnquote hingegen niedriger als die Bruttolohnquote, so wird der Faktor Arbeit stärker mit Abgaben belastet als der Faktor Kapital.

Die beiden Lohnquoten sind in Abbildung 3 dargestellt. Die Nettolohnquote lag im Jahr 1995 bei 68,1%. Die Differenz zur Bruttolohnquote von 6,1 Prozentpunkten zeigt, dass die Abgabenlast der Lohneinkommen deutlich höher war als jene der anderen Einkommen. In den Jahren danach hat sich die Abgabenlast weiter zu Lasten der Lohneinkommen verschoben. Im Jahr 2011 betrug die bereinigte Nettolohnquote 58,4%, um 8,7 Prozentpunkte weniger als die bereinigte Bruttolohnquote. Die Differenz der Brutto- zur Nettolohnquote hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich vergrößert. Sie wurde lediglich durch den starken Konjunkturabschwung im Zuge der Finanzkrise unterbrochen, so wie durch jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die vor allem die Entlastung des Faktors Arbeit zum Inhalt hatten. Der Rückgang der Differenz der bereinigten Brutto- zur Nettolohnquote im Jahre 2009 auf 7,8 Prozentpunkte spiegelt zum einen die Wirkung von fiskalpolitischen Maßnahmen wider, zum anderen machen sich konjunkturelle Effekte bemerkbar, da sich die einzelnen Einkunftsarten im Konjunkturverlauf mit unterschiedlichen Dynamiken entwickeln und sich die Steuern auf den Faktor Arbeit und Kapital hinsichtlich ihres Grades an Progression unterscheiden.

1.3 Implikationen und Ausblick

Der markante Anstieg der Lohnquote während der globalen Finanzkrise 2008/09 war lediglich ein temporäres Phänomen. Bereits 2010 und auch 2011 setzte sich der schon drei Jahrzehnte dauernde Trend zu einem Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen fort.

Die Verschiebung des Volkseinkommens zu Lasten des Lohnanteils impliziert unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Folgen. Das mit dem Rückgang der Lohnquote verbundene Sinken der relativen Lohnstückkosten führt dazu, dass sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert und die Exportnachfrage belebt wird (*Felipe – Kumar, 2011*). Dies bewirkt die Schaffung weiterer Arbeitsplätze, die wesentlich zu erhöhten Konsumausgaben beitragen und somit auch die Binnennachfrage fördern und stützen.

Im Gegensatz dazu können Verschiebungen des Volkseinkommens zu Lasten des Lohnanteils zu einer Abschwächung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte führen. Da die Konsumneigung aus Lohneinkommen jene aus Gewinn- und

Vermögenseinkommen übersteigt, kann ein Sinken der Lohnquote eine geringere Konsumnachfrage zur Folge haben. Ein höherer Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen im Volkseinkommen hat auch Implikationen für den öffentlichen Konsum. Ein verminderter Lohnanteil im Volkseinkommen dämpft den Staatsausgabenmultiplikator, was in der Folge die Effektivität expansiver fiskalpolitischer Maßnahmen in Zeiten wirtschaftlicher Anspannungen unterminiert (Galí *et al.*, 2007, Coenen – Straub, 2005).

2 Personelle Einkommensverteilung

Eine umfassende Analyse der Einkommen auf personeller Ebene sollte alle Einkommenskomponenten umfassen, also Einkommen aus unselbstständiger Arbeit (ArbeitnehmerInnenentgelte), aus selbstständiger Tätigkeit wie auch aus Kapital- und Vermögenseinkommen. In vorhandenen administrativen Statistiken können die Einkommenskomponenten nicht annähernd vollständig Einzelpersonen zugerechnet werden. Grund dafür sind neben den unterschiedlichen Einkommensdefinitionen zwischen Selbstständigen- und Unselbstständigeneinkommen auch die endbesteuerten Kapitalerträge. Diese sind nicht in den Einkommensinformationen der Lohn- bzw. Einkommenssteuerpflichtigen enthalten.

Die vorliegende Analyse der Einkommen unselbstständig Beschäftigter stellt somit einen Ausschnitt der Einkommenssituation bzw. der Einkommensverteilung in Österreich dar. Die Berücksichtigung aller genannten Einkommenskomponenten würde zu einem differenzierten Bild über die Verteilungssituation in Österreich führen. Insgesamt zeigen die vorhandenen Analysen, dass die Einkommen selbstständig Erwerbstätiger ungleicher verteilt sind als jene von Unselbstständigen². Zur Verteilung von laufenden Zinseinkommen, Dividenden sowie Einkommen aus Vermietung und Verpachtung in der österreichischen Wohnbevölkerung gibt es aufgrund der unzureichenden Datenlage keine entsprechenden Analysen. Einzig die Daten des Household Finance and Consumption Survey (HFCS), eine Erhebung in den EURO-Ländern zu den

² Schweizer, T., Einkunftsentwicklung und -verteilung gemäß Einkommenssteuerstatistik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2006, 32 (2), S. 167-190.; Altzinger, W., Berka, Ch., Humer, St., Moser, M., Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich 1957-2009, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 37. Jahrgang, 2011/4, S. 513-529 und 38. Jahrgang, 2012/1, S. 77-102.

Geldvermögens- und Immobilienvermögensbeständen, liefert erste Anhaltspunkte über die Verteilung der Geld- und Immobilienvermögen in Österreich.

Faktoren der Einkommensverteilung

Im ersten Abschnitt wurde gezeigt, dass die Nichtlohneinkommen (Unternehmens- und Vermögenserträge) deutlich stärker gewachsen sind als die ArbeitnehmerInnenentgelte. Für die ArbeitnehmerInnen wirken unterschiedliche Entwicklungen auf die Verteilung ihrer Entgelte.

Allein in den letzten zehn Jahren sank der Anteil der ArbeiterInnen an allen unselbstständig Beschäftigten um drei Prozentpunkte (auf 39%), der Anteil der BeamtInnen sogar um vier Prozentpunkte (auf 8%), während der Anteil der Angestellten um sechs Prozentpunkte auf 54% zulegte. Absolut bedeuten die Veränderungen eine Abnahme der BeamtInnen um 99.600 Personen, die Zahl der ArbeiterInnen erhöhte sich um 7.300 Personen, jene der Angestellten um 319.400 Personen (vgl. HV, 2011). Die steigende Einkommensspreizung wird auch durch die Zunahme von durchschnittlich höher entlohnten angestellt Beschäftigten beeinflusst. Die Zunahme der Angestelltenzahlen wird von der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung der Angestellten wiederum gedämpft: Tatsächlich entfallen drei Fünftel der angestellten Beschäftigungszuwächse auf Teilzeitbeschäftigte. In den vergangenen zehn Jahren war das Wachstum der Teilzeitarbeitsplätze höher als das Beschäftigungswachstum insgesamt.

Die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, allen voran der Teilzeitarbeitsplätze, ist mit einer steigenden Einkommensspreizung auf personeller Ebene verbunden. Auf Haushaltsebene bremsen diese „Zusatz-Teilzeit-Einkommen“ allerdings die Vergrößerung der Einkommensungleichheiten (Abschnitt 3). Empirische Studien belegen, dass sich der Arbeitsmarkt segmentiert (Schmid, 2011). Das primäre Segment ist von relativer Arbeitsplatzsicherheit, guten Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen und einer entsprechenden Entlohnung gekennzeichnet. Im instabilen sekundären Segment finden sich schlechtere Arbeitsbedingungen und eine geringere ökonomische und soziale Absicherung (Davidsson – Naczyk, 2009) sowie eine häufigere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit der

Niedrigqualifizierten und ihre häufigere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit verstärken Einkommensungleichheiten (Keller – Seifert, 2006; Möller – Schmillen, 2008).

Veränderungen in der Qualifikationsstruktur zeigen sich durch eine kontinuierliche Zunahme der formalen Bildungsabschlüsse der Erwerbstätigen (Horvath et al., 2012). Steigende Qualifikationen sollten auch mit einer höheren Produktivität und damit steigenden Entlohnung einhergehen. Die Rückwirkungen dieser Entwicklung auf die Einkommensverteilung hängen davon ab, ob die Produktivität über alle Einkommensgruppen hinweg gleichmäßig zugenommen hat oder ob es Bereiche gab, wo stärkere Zuwächse zu verzeichnen waren. Im letzten Fall nimmt die Einkommenskonzentration zu (Altzinger et al., 2012). Tatsächlich nahm der Anteil der lohnsteuerpflichtigen Einkommen der obersten 20% in den vergangenen zehn Jahren deutlich zu, während der Einkommensanteil am Gesamteinkommen der untersten 20% der lohnsteuerpflichtigen Erwerbstätigen auch durch die erwähnte Segmentierung rückläufig war.

Diese exemplarisch genannten Faktoren, die in Österreich und darüber hinaus vorhanden sind, verstärkten tendenziell Einkommensungleichheiten. Österreich entspricht damit einem internationalen Trend (Dustmann et al., 2007, OECD, 2008 und 2011) der steigenden Einkommensungleichheit. Die Entwicklung der Einkommensverteilung der unselbstständig Beschäftigten in Österreich ist nachfolgend aus unterschiedlichen Perspektiven – in Abhängigkeit von den vorhandenen Datengrundlagen – beleuchtet. Zum einen können mit den Daten der Beitragsstatistik des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger die Einkommensniveaus entlang der Wirtschaftsbranchen, der Altersgruppen sowie der sozialrechtlichen Stellung miteinander verglichen werden. Die nähere Analyse der Einkommensverteilung ist mit der Beitragsgrundlagenstatistik wegen der Höchstbeitragsgrundlage weniger aussagekräftig als mit den Einkommensdaten aus der Lohnsteuerstatistik. Im letzten zur Verfügung stehenden Jahr 2010 wurden in der Beitragsgrundlagenstatistik nur Einkommen zwischen 366,33 EUR (Geringfügigkeitsgrenze) und 4.110 EUR (Höchstbeitragsgrundlage) erfasst. Da die Einkommensverteilung und hier wiederum die Einkommenskonzentration von der Größe der Gruppe mit Höchsteinkommen und ihrem Anteil am Gesamteinkommen mitbestimmt ist, wird die Verteilungsanalyse auf der Grundlage der Lohnsteuerdaten ergänzt.

2.1 Entwicklung der Löhne und Gehälter unselbstständig Beschäftigter

Im Jahresdurchschnitt 2011 hatten 3,3 Mio. Personen Einkommen aus unselbstständiger Beschäftigung (WIFO, 2012). Die Beschäftigungsquote zeigt, dass für 65,9% der Personen im Erwerbsalter unselbstständige Einkommen die ökonomische Lebensgrundlage bilden. Für die einzelnen Personen sind das Qualifikationsniveau, die Arbeitserfahrung, das zeitliche Ausmaß der Erwerbsbeteiligung sowie der Wirtschaftszweig für die Höhe der Einkommen entscheidend.

2.1.1 Einkommensniveaus und Unterschiede in den Wirtschaftszweigen

Während in den verwendeten Datengrundlagen die Qualifikationen der Beschäftigten ebenso wenig erfasst sind wie die Arbeitserfahrung, lassen sich die Einkommensunterschiede jedoch entlang der Wirtschaftszweige zeigen. Das Lohnniveau einzelner Wirtschaftszweige ist vom Ausmaß und der Art des eingesetzten Kapitals bzw. der Technologie und auch von der jeweiligen Produktionsgröße bestimmt. In Bereichen, in denen der verstärkte Einsatz von Technologie zu Produktivitätszuwächsen führt, liegt meist ein überdurchschnittliches Lohnniveau vor. Ebenso in Bereichen wo große Produktionseinheiten zu Skalenerträgen³⁾ führen, kann gegenüber der Gesamtwirtschaft ein höheres Lohnniveau realisiert werden. Diese Produktionsbedingungen kennzeichnen die Sachgüter erzeugenden Bereiche, während im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen weniger Skalenerträge und Produktivitätssteigerungen durch Technologisierung vorhanden sind. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen hingegen können durch standardisierte Tätigkeiten und durch den Einsatz von (Informations-)Technologien Produktivitätszuwächse erreicht werden.

Neben diesen grundsätzlichen Einflussfaktoren auf das Lohnniveau ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad für die Lohnentwicklung der Wirtschaftssektoren entscheidend. Die Verhandlungen der Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnen werden im Zuge der Herbstlohnrunder in der Metallbranche sowohl von den realisierten Produktivitätszuwächsen, als auch von der Stärke der Verhandlungsparteien mitbestimmt.

³⁾ Wenn ein proportionaler Input zu überproportionalem Output führt, wird von Skalenerträgen gesprochen.

Insgesamt hat Österreich ausgeprägte intersektorale Lohnunterschiede. Nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen Einkommen in ausgewählten bzw. zusammengefassten Wirtschaftsbereichen. Das Medianeinkommen (einschließlich Sonderzahlungen) über alle Wirtschaftsklassen hinweg betrug 2010 2.219 EUR brutto im Monat. Die Einkommen im Sachgüterbereich lagen um ein Fünftel über diesem Durchschnittswert. Auch das Medianeinkommen im Bauwesen überstieg um knapp ein Achtel den Gesamtdurchschnitt. Unterdurchschnittliche Einkommen gab es in der Gastronomie/Beherbergung und im Handel: Die Medianeinkommen unterschritten hier den Gesamtdurchschnitt um ein Drittel bzw. um rund 14% im Handel. An der Schnittstelle zwischen Sachgütern und Dienstleistungen im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen erreicht das Medianeinkommen ebenso wenig den Gesamtdurchschnitt wie die personenbezogenen Dienstleistungen. Die Dynamik der medianen Einkommensunterschiede in den drei (Nach-)Krisenjahren war im Bauwesen am höchsten: Zwischen 2008 und 2010 wuchsen hier die beitragspflichtigen Einkommen mit 4,5% mehr als doppelt so schnell wie in den personenbezogenen Dienstleistungen. Ein Viertel der Männer sind im Sachgüterbereich beschäftigt, 12,9% im Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen, 12% im Bauwesen und 5,3% im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Die öffentliche Verwaltung ist für Frauen der größte Dienstgeber, 20,6% der Frauen sind hier beschäftigt, gefolgt vom Handel mit knapp 19% aller beschäftigten Frauen. Im Bereich der persönlichen Dienstleistungen finden sich 5,5% der Frauen. Die Mehrheit der Frauen arbeitet in Wirtschaftsbereichen mit unterdurchschnittlichen Medianeinkommen. Die geringen Einkommenshöhen resultieren auch aus dem hohen Anteil der Teilzeitbeschäftigung mit entsprechenden Teilzeiteinkommen der Frauen. Auch eine genauere Analyse auf der Grundlage von Vollzeitarbeitsplätzen in der Privatwirtschaft zeigt, dass ein Drittel der vollzeitbeschäftigten Frauen und knapp unter 10% der Männer Niedriglohnbeschäftigte sind, sie haben Verdienste die unter zwei Drittel des Medianeinkommens liegen (Lutz – Mahringer, 2010).

Übersicht 2: Medianeinkommen (inkl. Sonderzahlungen) nach Wirtschaftsbereichen in Österreich 2008 und 2010

ÖNACE Wirtschaftsklassifizierung*)	2008		2009		2010		Veränd. 2008-10 in %
	In EUR	Gesamt = 100	In EUR	Gesamt = 100	In EUR	Gesamt = 100	
Alle Wirtschaftsklassen	2.154	100,0	2.197	100,0	2.219	100,0	3,0
Sachgüter	2585	120,0	2.630	119,7	2.675	120,5	3,5
Bauwesen	2.403	111,6	2.472	112,5	2.512	113,2	4,5
Handel	1.860	86,4	1.908	86,8	1.912	86,2	2,8
Gastronomie/Beherbergung	1.463	67,9	1.481	67,4	1.498	67,5	2,4
Unternehmensnahe Dienstleistungen	1.781	83,7	1.771	81,6	1.826	82,3	2,5
Personenbezogene Dienstleistungen	1.641	76,2	1.666	76,8	1.670	75,3	1,8

*) durch die Umstellung der ÖNACE im Jahr 2008 ist ein Vergleich mit Jahren vor 2008 hier nicht enthalten.

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

2.1.2 Einkommensniveaus nach sozialrechtlichem Status

Die Lohnsteuerstatistik gibt ein umfassenderes Bild der Durchschnittseinkommen als die Beitragsgrundlagenstatistik. Zum einen sind hier die Einkommen ohne Höchstgrenzen erfasst, zum anderen kann durch die vorhandene Unterscheidung in Beschäftigte mit ganzjährigen und nichtganzjährigen Bezügen für diese Gruppen getrennt analysiert werden. Bei den Beschäftigten mit ganzjährigen Bezügen handelt es sich tendenziell um stabilere Beschäftigungsgruppen. Die in der Segmentationstheorie im primären Segment Beschäftigten sind stärker in der Gruppe der Ganzjahresbeschäftigten abgebildet. Ihre Einkommen sollten somit entsprechend ihrer gut verankerten Position am Arbeitsmarkt höher sein als jene der anderen Gruppe. Im Schnitt lag 2010 der monatliche Bruttobezug einschließlich der Sonderzahlungen bei 2.104 EUR bei Frauen und bei 3.134 EUR bei Männern (Übersicht 3). Gegenüber der nicht arbeitszeitbereinigten Beitragsgrundlagenstatistik (Medianeinkommen hier: Frauen 1.753 EUR, Männer 2.605 EUR) übersteigen die Einkommen gemäß Lohnsteuerstatistik jene der Beitragsgrundlagenstatistik um ein Fünftel.

Neben der Wirtschaftsklasse unterscheiden sich die Einkommen entlang der sozialrechtlichen Stellung und Geschlecht deutlich. Arbeiterinnen liegen um rund 310 EUR und Arbeiter um 560 EUR unter den genannten Durchschnittswerten. Die höchsten Monatsgehälter beziehen laut Lohnsteuerstatistik angestellte Männer, mit durchschnittlich 4.852 EUR pro Monat. Beamtete Männer verdienen im Schnitt 4.591 EUR

im Monat. Beamtinnen wiederum beziehen höhere Bezüge als angestellte Frauen. Die Einkommensdifferenzen sind durch die Unterschiede in der Qualifikations- und Altersstruktur begründet. Auch bei vollzeitbeschäftigten Frauen beträgt die Einkommenslücke gegenüber den Männern bei Angestellten 38%, bei Arbeiterinnen 30% und bei Beamtinnen 5%. In den vergangenen drei Jahren erhöhten sich die Einkommen der ArbeiterInnen mit um 2%, jene der Angestellten um 3,5% und der BeamtInnen um 5,5%.

Übersicht 3: Durchschnittseinkommen nach sozialrechtlicher Stellung und Geschlecht, 2008 und 2010 (Vollzeitbeschäftigte mit ganzjährigen Bezügen)

	2008			2010		
	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt
	<i>durchschnittlicher Monatsbezug in EUR</i>					
ArbeiterInnen	1.735	2.535	2.360	1.792	2.576	2.406
Angestellte	2.871	4.472	3.957	3.024	4.852	4.097
BeamtInnen	4.070	4.378	4.269	4.350	4.591	4.504
Aktivbeschäftigte, insgesamt	2.001	2.985	2.535	2.104	3.134	2.628
PensionistInnen	1.049	1.613	1.295	1.115	1.706	1.375
BeamtInnen in Ruhe	2.485	3.119	2.831	2.637	3.291	2.994

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen.

Vollzeitbeschäftigte Frauen mit Ganzjahresbezügen haben wenn sie Beamtinnen sind einen Einkommensnachteil gegenüber Beamten von 5%, Arbeiterinnen von 30% und weibliche Angestellte erhalten in Schnitt um 38% geringere Monatsgehälter gegenüber männlichen Angestellten.

Erwerbsunterbrechungen und die kürzere Erwerbsphase aufgrund pensionsrechtlicher Regelungen bedeuten deutlich weniger Versicherungsjahre im Vergleich zu unselbstständig beschäftigten Männern. Bei den Alterspensionsneuzuerkennungen des Jahres 2010 hatten Männer im Schnitt 39,2 Beitragsjahre bzw. 41,5 Versicherungsjahre⁴⁾, Frauen kamen auf 29,9 Beitragsjahre bzw. 34,8 Versicherungsjahre (*Pensionsversicherungsanstalt, 2011*). Im Schnitt haben Frauen damit um 6,7 Versicherungsjahre weniger als Männer. In Kombination mit ihren deutlich geringeren Einkommen führt das zu Pensionseinkommen, die um 35% unter den Männerpensionen liegen. Auch bei Beamtinnen in Ruhe haben trotz dem geringen

⁴⁾ Beitragsjahre entsprechen der Anzahl der Jahre mit aktiver Beschäftigung, Versicherungsjahre beinhalten auch Teilversicherungszeiten (vormals Ersatzzeiten) wie Arbeitslosigkeit, Kinderbetreuungszeiten etc.

Einkommensunterschied in der Erwerbsphase Ruhebezüge, die nur 80% ihrer Kollegen betragen.

2.1.3 Einkommensunterschiede von Frauen und Männern in den Wirtschaftsklassen

Der Überblick über 21 detaillierte Wirtschaftsklassen (Übersicht 4) gemäß ÖNACE 2008 zeigt höhere Einkommensunterschiede als entlang dem oben dargestellten sozialrechtlichen Status. Die höchsten Einkommen (einschließlich Sonderzahlungen) finden sich in der Energieversorgung, hier liegt das Medianeinkommen mit 4.027 EUR am nächsten zur Höchstbeitragsgrundlage (2010: 4.795 EUR). Beschäftigte der Bereiche Information und Kommunikation und der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen liegen ebenfalls im Spitzeneinkommensfeld. Die geringsten Durchschnittseinkommen haben unselbstständig Beschäftigte in privaten Haushalten, in der Land- und Forstwirtschaft und im Beherbergungs- und Gastgewerbe. Während nur 0,1% bzw. 0,6% aller Beschäftigten in den beiden erstgenannten Bereichen beschäftigt sind, arbeiten 4% aller Männer und 7% aller Frauen im deutlich unterdurchschnittlich entlohnten Beherbergungs- und Gastgewerbe.

In der Übersicht 4 sind die beitragspflichtigen Medianeinkommen sowie der Einkommensrückstand der Frauen in der jeweiligen Wirtschaftsklasse enthalten. Der Mikrozensus enthält Angaben zur durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit der Beschäftigten entlang der Wirtschaftsklassen. Werden mit Hilfe dieser Daten die Fraueneinkommen auf hypothetische Vollzeiteinkommen umgerechnet, bleiben immer noch erhebliche Einkommensrückstände bestehen. Über alle Wirtschaftsklassen hinweg reduziert sich durch diese Arbeitszeitkorrektur der Rückstand der Frauen von 67,3% auf 86,9% der Männereinkommen.

Die Einkommensrückstände der Frauen gegenüber Männern entlang der Wirtschaftsbereiche zeigen folgende Muster: In den Niedriglohnbranchen gibt es solche, die keine geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede (Beherbergungs- und Gaststättenwesen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen) haben, und auch solche mit Einkommensunterschieden zugunsten von Frauen wie in der Erziehung und im Unterricht bzw. im kleinen Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Eindeutige Einkommensrückstände haben Frauen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie auch im Handel. Im Hochlohnsegment entsprechen nur in der sehr kleinen Wirtschaftsklasse der

exterritorialen Organisationen und Körperschaften – mit einem Beschäftigungsanteil von nur 0,02% bzw. rund 650 Beschäftigten – die Frauengehälter den Männergehältern. Die höchsten Einkommensrückstände haben die Bereiche Energieversorgung, hier erreichen Frauen im Schnitt nur 67% der Männereinkommen. Auch im verarbeitenden Gewerbe, in den Informations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen betragen Frauengehälter nur rund 80% der Männergehälter. Da die verwendeten Einkommensdaten nur sozialversicherungspflichtige Beitragsgrundlagen bis zur Höchstbeitragsgrundlage erfassen, sind die skizzierten Einkommensunterschiede tendenziell untererfasst. Die skizzierten Muster in den Niedrig- und Hochlohnbranchen liegen auf einer Linie mit vorhandenen empirischen Untersuchungen, die zeigen, dass mit steigenden Einkommen die Einkommensrückstände der Frauen gegenüber Männern größer werden (*Blau – Kahn, 2003, Olivetti – Petrongolo 2008*).

Übersicht 4: Medianeinkommen und Einkommensrückstände nach Wirtschaftsklassen und Geschlecht in Österreich, 2008 und 2010

ÖNACE Wirtschaftsklassifizierung	Medianeinkommen in Euro			Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer					
	2008	2009	2010	unbereinigt			bereinigt 1)		
				2008	2009	2010	2008	2009	2010
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.197	1.269	1.297	80,7	86,8	90,7	105,8	121,0	114,2
Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	2.772	2.864	2.894	64,5	66,6	65,9	83,7	83,9	
Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren	2.585	2.630	2.675	64,9	65,8	65,6	79,0	77,9	76,9
Energieversorgung	3.966	4.031	4.027	59,4	59,5	58,9	66,4	75,4	66,9
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	2.177	2.241	2.265	67,8	69,4	70,8	86,5	101,9	87,9
Baugewerbe/Bau	2.403	2.472	2.512	67,6	67,4	67,4	91,0	89,0	90,2
Handel; Instandhaltung, Reparatur v. Kraftfahrzeugen	1.860	1.908	1.912	62,5	63,1	63,4	83,0	84,0	85,1
Verkehr und Lagerei	2.154	2.183	2.222	78,6	80,1	79,6	100,7	103,3	106,1
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	1.463	1.481	1.498	83,6	84,4	85,0	99,5	99,4	100,6
Information und Kommunikation	3.136	3.276	3.309	66,3	66,7	66,5	85,3	79,8	79,3
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3.186	3.254	3.307	62,5	62,6	62,7	80,7	81,9	80,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.611	1.811	1.866	61,2	62,9	65,9	77,2	73,3	71,9
Erbringung v. freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	2.334	2.435	2.456	63,9	63,0	64,1	80,7	81,8	83,8
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1.781	1.771	1.826	70,7	70,6	71,7	96,2	96,2	102,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2.244	2.337	2.359	82,2	80,4	82,1	107,4	102,1	106,6
Erziehung und Unterricht	1.737	1.759	1.797	85,0	86,8	86,0	101,4	100,8	104,5
Gesundheits- und Sozialwesen	1.786	1.825	1.845	71,8	73,9	75,2	93,6	98,9	95,7
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1.883	1.864	1.868	74,0	74,7	75,0	103,1	93,6	95,6
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.641	1.666	1.670	63,1	61,9	62,1	85,4	80,8	85,3
Private Haushalte mit Hauspersonal	1.041	1.060	1.091	84,6	82,7	78,8	83,5	87,0	
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.864	2.948	2.969	98,5	95,8	98,7	116,1	146,3	100,1
Insgesamt	2.154	2.197	2.219	66,7	67,1	67,3	86,1	85,6	86,9

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. – 1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit laut Mikrozensus.

De facto müssen Frauen mit einem um ein Drittel geringerem Einkommen als Männer auskommen, auch aufgrund der wesentlich häufigeren Teilzeitbeschäftigung von Frauen. Die häufigsten Gründe für Teilzeitbeschäftigung sind innerfamiliäre Betreuungspflichten. Durch die Übernahme dieser unbezahlten, aber zeitintensiven Betreuungsarbeit durch Frauen bleibt ihre Wochenarbeitszeit am Arbeitsmarkt deutlich hinter dem Stundenausmaß der Männer zurück. Die innerfamiliäre Arbeitsteilung schlägt sich aber nicht nur auf die geleistete Arbeitszeit, sondern auch auf die Entwicklung des Lohnsatzes über den Erwerbsverlauf nieder: Erziehungsbedingte Berufsunterbrechungen verringern Qualifikations-, aber auch Aufstiegschancen der Frauen: Sie haben im Schnitt weniger Arbeitserfahrung, durch Unterbrechungen sind sie auch weniger stark in betriebsinterne Karrierepfade eingebunden. Frauen erreichen durch

Erwerbsunterbrechungen auch bei Vollzeitbeschäftigung weniger leicht berufliche und damit einkommensmäßige Verbesserungen als Männer.

Die ungleiche Verteilung der unbezahlten Versorgungs- und Erziehungsarbeit zwischen Frauen und Männern kann darüber hinaus bereits auf die Berufswahl der Jugendlichen einen Einfluss haben: Es werden von Frauen eher solche Ausbildungswege und Berufe angestrebt, die sich leichter mit einer späteren Betreuungsverantwortung vereinbaren lassen (Selk, 1984, Gundert – Mayer, 2012). Die geschlechtsspezifische Segmentierung im Bildungsbereich ist somit ein Stück weit durch die Segmentierung am Arbeitsmarkt mitbestimmt und potenziert sich ihrerseits am Arbeitsmarkt. Die Mehrheit der Frauen arbeitet nach wie vor in (Dienstleistungs-)Branchen mit unterdurchschnittlichem Einkommen, bei den Männern ist es ein knappes Drittel. Die Einkommen der Dienstleistungsbeschäftigten in Branchen mit geringeren Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung entwickeln sich weniger dynamisch, in Relation zu den anderen Branchen verschlechtert sich die Entlohnung dieser Tätigkeiten. Durch die geschlechtsspezifische Segmentierung der Arbeitsmärkte sind Frauen damit vom Lohndruck stärker betroffen als Männer (Biffl, 2010).

Einkommensvergleiche auf der Basis von Stundenlöhnen zeigen deutliche Einkommensdifferenzen: Auf der Grundlage der Verdienststrukturerhebung⁵⁾ liegen die Bruttostundenlöhne der Frauen um 22% unter den vergleichbaren Männerlöhnen (Geisberger, 2007). Einen Einkommensrückstand der Frauen von ebenfalls 22% berechneten Grüngerber – Zulehner (2009) auf der Grundlage der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die Lücke beruht auf Stundenlohnunterschieden bei Vollzeitbeschäftigten. Böheim et al. (2011) zeigten, dass beschäftigte Frauen in Österreich auch bei vergleichbar höheren Qualifikationen als Männer weniger Arbeitserfahrung und daher geringere Stundenlöhne vorweisen. Die geschlechtsspezifischen Differenzen haben sich zwischen 2002 und 2007 um fünf Prozentpunkte auf 19% reduziert. Von dieser Lücke kann die Hälfte durch vorhandene Unterschiede in den Eigenschaften (Alter, Ausbildung, Arbeitserfahrung, Branche, Familienstand, etc.) erklärt werden. Die andere Hälfte des Unterschiedes kann nicht auf diese beobachtbaren Faktoren zurückgeführt werden. Geschlechtsspezifische Verschiedenheiten bei unbeobachtbaren Faktoren, wie Unterschiede in der

⁵⁾ Die letzte Verdienststrukturerhebung 2010 (sie wird alle vier Jahre von Statistik Austria durchgeführt) ist noch nicht publiziert.

Risikobereitschaft bei Lohnverhandlungen, und Diskriminierung sind dafür verantwortlich (Grünberger – Zulehner, 2009).

2.1.4 Die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede

Die Beobachtung der Einkommensdifferenzen über einen längeren Zeitraum verdeutlicht, dass sich seit Beginn der 1980er Jahre die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern von 35,1% (1980) auf 31,2% im Jahr 1995 verringerte (Übersicht 5). Im Jahr 1980 erreichte das arbeitszeitstandardisierte Einkommen der Frauen 71,2% der Männereinkommen, 1995 waren es 80,6%. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und seit 2005 stagniert die Einkommenslücke. Wird auf Basis der Daten der Arbeitskräfteerhebung die Arbeitszeit berücksichtigt, so haben sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männer von 1980 bis 2003 – gemessen am Median – um ca. elf Prozentpunkte von rund 29% auf rund 18% verringert. 2004 wurde das Konzept der Arbeitszeiterfassung verändert. Dieser Bruch in der Datenreihe ergibt eine stärkere Angleichung auf zuletzt knapp 13%.⁶⁾ Die Einkommenslücke entlang der arbeitszeitbereinigten medianen Beitragsgrundlagen entwickelt sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 annähernd konstant.

Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind im untersten Einkommensviertel (38,1%) fast zehn Prozentpunkte größer als im dritten Quartil (29,1%).

Übersicht 5: Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede

	1980	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010
	Einkommen der Frauen in % des Männereinkommens							
Obergrenze des 1. Quartils								
Erwerbstätige	61,8	64,6	63,9	60,9	60,4	60,5	61,1	61,9
Arbeiterinnen	57,7	60,6	58,2	54,0	53,6	54,1	54,2	55,0
Angestellte	62,3	61,3	61,1	58,7	56,8	56,5	56,9	57,7
Median								
Erwerbstätige	64,9	67,8	68,8	67,0	67,1	66,7	67,1	67,3
Arbeitszeitstandardisiert ¹⁾	71,2	76,5	80,6	81,2	86,2	86,1	85,6	86,9
Arbeiterinnen	61,5	64,5	64,5	61,9	61,5	61,2	61,2	61,5
Angestellte	59,8	60,3	61,1	59,9	58,9	58,4	59,1	59,3

⁶⁾ Die Arbeitszeitbereinigung muss als eine Annäherung verstanden werden, da sie auf Auswertungen einer Umfrage basiert und anhand der Durchschnittsarbeitszeit durchgeführt wurde (während beim Einkommen der Median herangezogen wird).

	1980	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010
	Einkommen der Frauen in % des Männereinkommens							
Obergrenze des 3. Quartils								
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,2	69,1	69,3	68,9	69,9	70,1
Arbeiterinnen	62,3	65,3	65,9	64,7	65,1	64,6	64,8	64,9
Angestellte	62,1	64,6	64,7	62,3	61,0	61,3	61,7	61,5

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. – 1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit gemäß Mikrozensus.

2.1.5 Einkommensunterschiede in den Altersgruppen

Die Wirtschaftsklasse der Beschäftigten und ihr sozialrechtlicher Status sind in den Datengrundlagen beobachtbare Erklärungsfaktoren der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede. Das Alter ist für die Einkommensniveaus ebenfalls bedeutsam. Bezogen auf den sozialrechtlichen Status trifft der Begriff Senioritätentlohnung auf angestellte Männer zu und damit nur auf rund 27% aller unselbständig Beschäftigten.

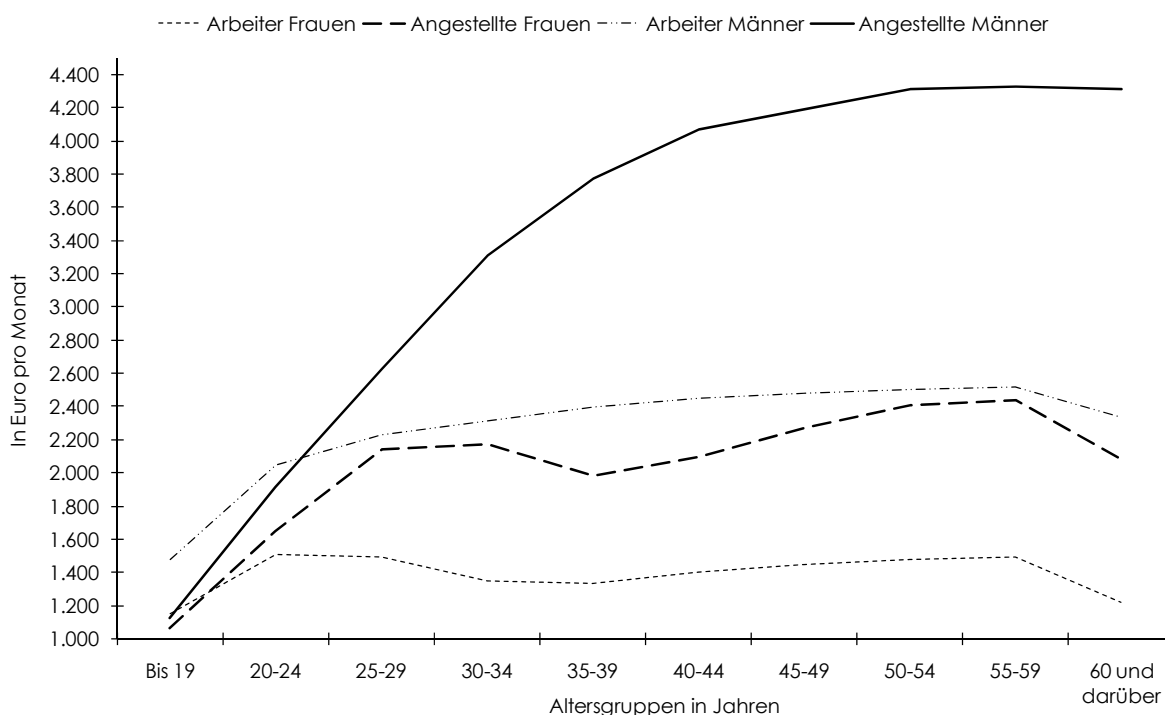
Angestellte Männer haben in ihrem Erwerbsleben einen ansteigenden Einkommensverlauf. 2010 verdienten sie im Alter zwischen 55 und 59 Jahren im Median mit 4.330 EUR brutto monatlich mehr als doppelt so viel wie die Berufseinsteiger in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen. Bei den Arbeitern betrug die entsprechende Differenz nur 19% (2.521 EUR gegenüber 2.044 EUR). Nur zu Beginn der Erwerbstätigkeit steigen bei den Arbeitern die Einkommen zwischen der Kohorte der bis 19-Jährigen und der Kohorte der 20- bis 25-Jährigen deutlich an. Obwohl Arbeiter mit einem höheren Einkommen als angestellte Männer ins Erwerbsleben einsteigen, fallen sie bereits ab der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen deutlich hinter die Angestellten zurück.

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Alter stellt sich bei Frauen gänzlich anders dar als bei Männern. Während das mediane Einkommen der weiblichen Beschäftigten in jungen Jahren steigt, kommt es zum Zeitpunkt, an dem familiäre Betreuungspflichten eine größere Rolle spielen und die Arbeitszeit reduziert wird, zu einem deutlichen Absinken des Einkommens. Bei den Arbeiterinnen liegen 2010 die medianen Monatseinkommen in der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen am höchsten, fallen dann ab und erreichen auch in höheren Altersgruppen nicht mehr das Niveau der jungen Jahre. Bei den Angestellten hat die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen mit 2.170 EUR die höchsten Bruttomonatsbezüge, in den darauffolgenden Altersgruppen bleiben die Bezüge deutlich zurück. Erst ab dem 45. Lebensjahr steigen die Einkommen

der Frauen wieder an. Jedoch erreichen Frauen in Österreich auch mit steigendem Alter im Median ein Einkommensniveau, das bestenfalls geringfügig über jenem der jüngsten Altersgruppen liegt: 2010 verdienten die 55- bis 59-jährigen Arbeiterinnen mit 1.491 EUR brutto beinahe gleich viel wie die 20- bis 24-Jährigen (1.505 EUR). Bei den weiblichen Angestellten lag das Medianeinkommen der 55- bis 59-Jährigen (2.439 EUR) gerade mal um 300 EUR bzw. 14% höher als bei den 25- bis 29-Jährigen (2.139 EUR). Die schwache Einkommensdynamik der Frauenentgelte ist von zwei Faktoren mitbestimmt. Zum einen übersteigt das Qualifikationsniveau der Berufseinsteigerinnen jenes der 55- bis 59-Jährigen (Huber, 2010), damit sind höhere Entgelte der jungen gegenüber den älteren Frauen verbunden. Zum anderen steigt die Teilzeitquote der Frauen im Haupterwerbsalter an. Im Jahr 2010 arbeiteten 44,3% der Frauen und 7,3% der Männer Teilzeit. Im Haupterwerbsalter der Frauen steigt die Teilzeitquote an und erreicht in der Altersgruppe der 35- bis 39-jährigen unselbstständig beschäftigten Frauen den Höchstwert von 54,3% (Statistik Austria, 2011). Allerdings zeigen die Stundenlöhne der Frauen über die Altersgruppen hinweg eine deutlich geringere Dynamik als jene der Männer (Böheim et al., 2011).

Insgesamt öffnet sich die Einkommensschere bei den Frauen zwischen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten bereits fünf Jahre vor den Männern in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen. Anders als bei den Männern bleibt dieser Einkommensunterschied zwischen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten jedoch über die weiteren Altersgruppen relativ konstant.

Abbildung 4: Medianeinkommen nach Altersgruppen und Geschlecht, 2010



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

2.2 Verteilung der Löhne und Gehälter unselbstständig Beschäftigter

Die im ersten Abschnitt gezeigte Verschiebung der Lohneinkommen hin zu den Einkünften aus Besitz und Unternehmenstätigkeit ist begleitet von steigenden Einkommensdisparitäten innerhalb der unselbstständig Erwerbstätigen. Die steigenden Ungleichheiten innerhalb der Lohneinkommen können maßgeblich auf zwei Ursachen zurückgeführt werden: Erstens bedeutet die Globalisierung eine Intensivierung des internationalen Wettbewerbs. Die Entgelte in erfolgreichen Exportbranchen stehen einerseits im internationalen Lohnwettbewerb und können andererseits Produktivitätsfortschritte an die Beschäftigten weitergeben. Zweitens führt der technologische Wandel zu Veränderungen in den Arbeitsanforderungen, Qualifikation und Ausbildung bzw. deren laufende Anpassung werden immer wichtiger. Die Arbeitsmarkt- und Einkommensposition Geringqualifizierter hat sich verschlechtert. Sozioökonomische Veränderungen, allen voran die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, die Atypisierung der Arbeitsverhältnisse und der abnehmende

gewerkschaftliche Organisationsgrad, haben diese Entwicklungen begleitet und verstärkt.

Auch im qualifizierten Beschäftigungssegment ist es zu Einkommenskonzentrationen gekommen. Die Einkommensverteilung bzw. die Einkommenskonzentration ist maßgeblich durch die Entwicklung der Höchsteinkommen geprägt (Leigh, 2007). International zeigt sich, dass in zahlreichen Ländern der Einkommensanteil der obersten 10% der Beschäftigten seit den 1980er Jahren wieder stark zugenommen hat (Atkinson – Piketty, 2010). Diese Entwicklung ist für die USA besonders gut dokumentiert, Atkinson – Piketty – Saez (2011) sprechen von einem U-förmigen Verlauf⁷⁾ der Einkommensanteile der obersten 10% zwischen 1917 und 2007. Auch in Kontinentaleuropa ist eine Zunahme der Einkommenskonzentration seit Ende der 1980er Jahre gegeben, wenngleich weniger dramatisch als in den USA. Für Deutschland zeigten Bach – Corneo – Steiner (2009) auf der Grundlage der Einkommenssteuerstatistik, dass in den vergangenen zehn Jahren die Einkommenskonzentration – durch die steigenden Einkommensanteile des obersten Dezils bzw. des obersten Perzentils – enorm zugenommen hat.

In diesem Zeitraum veränderten sich auch die Entlohnungsstrukturen der Unternehmen in Richtung leistungsbezogene Modelle. Atkinson (2007) spricht darüber hinaus auch von hohen Renditen, die in Spitzenpositionen lukriert werden können, besonders im Bereich der Finanzdienstleistungen. Damit steigen die Einkommensungleichheiten besonders in Ländern, die einen ausgeprägten Finanzsektor aufweisen.

2.2.1 Verteilung der Bruttoeinkommen

Diese internationalen Trends der in den vergangenen Jahrzehnten wieder steigenden Einkommensdisparitäten finden auch in den Einkommensdaten der Lohnsteuerstatistik Bestätigung. Einkommensdisparitäten können anhand unterschiedlicher Maßzahlen diskutiert werden. Zum einen zeigt der Gini-Koeffizient das Ausmaß der Ungleichheit an: Würden alle Beschäftigten idente Einkommen beziehen, hätte der Gini-Koeffizient den Wert Null; würde eine Person das gesamte Einkommen beziehen, würde der Koeffizient den Wert Eins annehmen. Je näher der Wert bei Eins liegt, desto größer ist die Einkommensungleichheit, desto mehr Einkommen konzentriert sich auf eine kleine Gruppe von Personen oder Haushalten. Die Schichtung der EinkommensbezieherInnen

⁷⁾ 1927 hatten die Top-10% fast 50% des Gesamteinkommens, zwischen 1942 und 1982 sank dieser Anteil auf knapp 30% und stieg bis 2007 wieder auf knapp unter 50% an (Atkinson – Piketty – Saez, 2011).

oder der Haushalte nach ihrer Einkommenshöhe und ihre Untergliederung in gleich große Personen-/Haushaltsgruppen (Quintile, Dezile etc.) geben einen weiteren Einblick in die Verteilungssituation.

Auf der Grundlage der Lohnsteuerstatistik zeigt sich eine deutliche Zunahme der Einkommensungleichheiten: In den vergangenen 34 Jahren stieg der Gini-Koeffizient für die Lohneinkommen der ArbeitnehmerInnen um 30% auf 0,452 an. Einen deutlichen Anstieg gab es von 2008 auf 2010. In den vergangenen 15 Jahren erhöhte sich die Teilzeitquote der unselbstständig beschäftigten Frauen von 27,2% auf 44,3%, jene der Männer von 2,8% auf 7,3%. Die Zunahme der Ungleichheiten steht im Zusammenhang mit dieser Teilzeitquotendynamik. Aber auch die Einkommensentwicklung der ganzjährig beschäftigten Männer mit der genannten geringen Teilzeitquote zeigt steigende Einkommensungleichheiten: In dieser Gruppe stieg die Einkommensungleichheit von 1995 bis 2010 um 9,8% an, bei allen lohnsteuerpflichtigen Aktivbeschäftigten erhöhte sich der Gini-Koeffizient um 10,3%.

Die Veränderungen der Einkommensanteile in den Einkommensquintilen⁸⁾ zeigen, ob die steigende Einkommensungleichheit durch die Zunahme von Niedrig- oder Hochlöhnen verursacht ist. Die 20% der Lohnsteuerpflichtigen mit den geringsten Einkommen bezogen 2010 2% des gesamten lohnsteuerpflichtigen Einkommens jene 20% mit den höchsten Einkommen hingegen erzielten fast die Hälfte (47,4%) des Gesamteinkommens. In das vierte Quintil flossen 24,6% der Einkommen, während die unteren drei Quintile jeweils deutlich weniger als 20% Einkommensanteil haben. In den vergangenen 15 Jahren reduzierte sich im untersten Quintil der Einkommensanteil um 30 %, im 2. Quintil um 16 %, im 3. Quintil um 5 %. Im 4. Quintil wurde der Anteil an der gesamten Lohn- und Gehaltssumme um 2 % und im obersten Quintil um 7 % gesteigert.

⁸⁾ Bei der Quintilsberechnung liegt eine Gleichverteilung vor, wenn jedes Quintil (Fünftel der EinkommensbezieherInnen) genau 20% aller Einkommen verdient, liegt der Wert darunter (darüber), so verdient das entsprechende Quintil unterdurchschnittlich (überdurchschnittlich).

Übersicht 6: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen, 1976-2010

	1976	1982	1987	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Gini-Koeffizient										
ArbeitnehmerInnen	0,349	0,364	0,350	0,410	0,433	0,441	0,443	0,446	0,448	0,451	0,452
Männer mit ganzjährigen Bezügen				0,302	0,320	0,316	0,319	0,323	0,327	0,331	0,332
ArbeitnehmerInnen insgesamt	Einkommensanteile in %										
1. Quintil	4,8	4,5	5,4	2,9	2,5	2,2	2,2	2,2	2,1	2,0	2,0
2. Quintil	12,7	12,4	12,7	10,9	10,2	9,5	9,5	9,4	9,4	9,2	9,2
3. Quintil	18,3	18,0	17,7	17,7	17,4	17,2	17,1	17,0	17,0	16,9	16,8
4. Quintil	24,0	23,9	23,1	24,1	24,2	24,5	24,5	24,4	24,4	24,5	24,6
5. Quintil	40,2	41,2	41,0	44,4	45,7	46,5	46,7	46,9	47,1	47,4	47,4

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen. Quintilsgrenzen (Bruttojahresbezüge): 1. Quintil 1.898 EUR, 2. Quintil 10.654 EUR, 3. Quintil 11.141 EUR, 4. Quintil 28.998 EUR, 5. Quintil: 45.152 EUR, Durchschnittsjahreseinkommen 19.569 EUR.

Die Beitragsgrundlagenstatistik des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger zeigt – erwartungsgemäß durch die Nichterfassung der Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage – kleinere Einkommensungleichheiten. Der Gini-Koeffizient liegt um fast ein Drittel unter dem entsprechenden Verteilungsmaß auf Basis der Lohnsteuerdaten.

2.2.2 Verteilung der Nettoeinkommen

Nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer ergibt sich das den Beschäftigten tatsächlich zur Verfügung stehende Nettoeinkommen. Durch die Höchstbeitragsgrundlage belasten die Sozialversicherungsbeiträge geringere Einkommen relativ stärker als Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage, Sozialversicherungsabgaben wirken regressiv. Die Lohn- bzw. Einkommenssteuer hingegen wirkt progressiv, sie belastet durch die Steuertarifgestaltung obere Einkommensgruppen relativ stärker als untere Einkommensgruppen (Guger – Marterbauer, 2009).

Insgesamt sind die Nettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten egalitärer verteilt als ihre Bruttobezüge (Übersicht 7). Entlang der Quintile liegt der Anteil am Gesamtnettoeinkommen im 1. bis zum 4. Quintil höher und nur im 5. Quintil der HöchsteinkommensbezieherInnen um 3,7 Prozentpunkte geringer als der entsprechende Anteil am Bruttoeinkommen. Aber auch bei der Nettobetrachtung zeigt

sich die steigende Ungleichheit innerhalb der Lohneinkommen: Zwischen 1995 und 2010 sank der Einkommensanteil im untersten Quintil von 3,4% auf 2,6%, im 2. Quintil von 12,1% auf 10,7% am Gesamteinkommen. Das 3. und 4. Quintil entwickelten sich relativ stabil. Der Nettoeinkommensanteil der 20% der Beschäftigten mit den höchsten Bezügen erhöhte sich von 42,1% auf 43,7%. Die SpitzenverdienerInnen innerhalb dieser Gruppe, die obersten 1% der unselbstständig Beschäftigten, hatten innerhalb der vergangenen 15 Jahre Anteilzuwächse von 35,2%. Die steigende Einkommensungleichheit steht damit in einem engen Zusammenhang mit der Konzentration der Einkommen im obersten Bereich.

Übersicht 7: Verteilung der Brutto- und Nettobezüge der ArbeitnehmerInnen insgesamt, 1995 und 2010 im Vergleich

	Verteilung der Bruttobezüge			Verteilung der Nettobezüge		
	1995	2005	2010	1995	2005	2010
	Anteile in %			Anteile in %		
1. Quintil	2,9	2,2	2,0	3,4	2,8	2,6
2. Quintil	10,9	9,5	9,2	12,1	11,0	10,7
3. Quintil	17,7	17,2	16,8	18,2	18,5	18,3
4. Quintil	24,1	24,5	24,6	24,2	24,7	24,8
5. Quintil	44,4	46,5	47,4	42,1	43,0	43,7
Oberste 5%	17,7	18,8	19,2	16,7	16,9	17,3
Oberste 1%	5,9	6,5	6,7	4,0	5,7	5,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen. – 1) Referenzjahr 2005, deflationiert mit dem Konsumdeflator, auf Basis von Vorjahrespreisen.

Im Jahr 2010 lagen in Österreich die durchschnittlichen Bruttobezüge der unselbstständig (Voll- und Teilzeit) Beschäftigten bei monatlich 2.326 EUR, netto waren das 1.633 EUR. Das Einkommen variiert zwischen 208 EUR im 1. Quintil und 3.559 EUR im 5. Quintil. Das sehr geringe Erwerbseinkommen im untersten Quintil kann alleine nicht interpretiert werden. In diesem Quintil finden sich TransferbezieherInnen (Arbeitslosengeld, Kinderbetreuungsgeld etc.) ebenso wie BerufseinsteigerInnen und unterjährig Beschäftigte. Die Einkommenssituation dieser Einkommensgruppe braucht eine gemeinsame Betrachtung mit den Transfers, diese stehen in der Lohnsteuerstatistik allerdings nicht zur Verfügung. Die Brutto- wie Nettobezüge wuchsen zwischen 1995 und 2010 im 4. Und 5. Quintil deutliche stärker als die Lohnsteuereinkommen insgesamt.

In den vergangenen 15 Jahren wuchsen die Durchschnittseinkommen insgesamt mit 3,2% nur ein wenig stärker als das allgemeine Konsumpreisniveau. Diese schwache Entwicklung der Realeinkommen ist auf die Heterogenisierung der Beschäftigungsformen (Teilzeitquote, Freie DienstnehmerInnen etc.) zurückzuführen. Da die Beschäftigungszuwächse zum überwiegenden Teil Teilzeitjobs mit entsprechend geringen Einkommensniveaus sind, entwickelt sich der der Durchschnittsverdienst deutliche geringer als die Einkommen der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse. Allein in diesen 15 Jahren nahm die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen um knapp 380.000 auf 746.400, jene der Männer um 85.400 auf 135.800. Im selben Zeitraum erhöhten sich die kollektivvertraglichen Mindestlöhne um rund 40%, die Verbraucherpreise stiegen um 30%. Die Zunahme der Atypischen Beschäftigungsformen wird auch in naher Zukunft weitergehen, sodass die durchschnittliche Einkommensentwicklung und die Spreizung der Einkommensschere auch in Hinkunft davon mitbestimmt sein werden.

Übersicht 8: Höhe und Entwicklung der Brutto- und Nettobezüge ArbeitnehmerInnen insgesamt, 1995 und 2010 im Vergleich

	Bruttomonatsbezug 2010		Nettomonatsbezug 2010		Brutto- bezüge 1995-2010		Netto- bezüge 1995-2010	
	Nominell	Real	Nominell	Real	Nominell	Netto- bezüge 1995-2010	Real ¹⁾	Netto- bezüge 1995-2010
	in EUR		in EUR		Veränderung in %		Veränderung in %	
1. Quintil	235	214	208	190	-7,7	-2,9	-27,8	-24,0
2. Quintil	1.068	974	875	798	10,7	13,0	-13,3	-11,5
3. Quintil	1.958	1.786	1.492	1.360	25,6	28,1	-1,7	0,3
4. Quintil	2.856	2.604	2.020	1.842	34,5	30,3	5,2	2,0
5. Quintil	5.512	5.026	3.559	3.246	40,7	32,1	10,2	3,4
Oberste 5%	8.946	8.158	5.637	5.141	43,4	31,5	12,2	2,9
Oberste 1%	15.620	14.244	9.681	8.829	50,1	35,2	17,5	5,8
Insgesamt	2.326	2.121	1.633	1.489	31,9	28,0	3,2	0,2

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Referenzjahr 2005, deflationiert mit dem Konsumdeflator, auf Basis von Vorjahrespreisen.

3 Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen

Neben den individuellen Arbeitseinkommen werden die Konsummöglichkeiten und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung wesentlich von staatlichen Abgaben- und Transfersystemen geprägt, die sich vielfach aus dem Haushaltszusammenhang ergeben. Zudem entscheiden Einzelpersonen in Abhängigkeit von zahlreichen haushaltsspezifischen Faktoren (Größe des Haushalts, Betreuungspflichten, Vermögen, Einkommen der restlichen Haushaltsmitglieder, sonstige Einkünfte, Bedürfnisse und Präferenzen), ob und in welchem Ausmaß sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Die Unterscheidung zwischen der Personen- und der Haushaltsebene spielt daher eine entscheidende Rolle für die Beurteilung der Einkommenssituation der Bevölkerung, auch weil erst auf der Haushaltsebene die volle Wirkung der staatlichen Umverteilungspolitik durch Steuern und öffentliche Transferleistungen zum Tragen kommt. Die Verteilung der Bruttoeinkommen wird durch die Aktivitäten des Staates in beträchtlichem Ausmaß korrigiert. Das trifft besonders dann zu, wenn man neben den Transfers auch die öffentlichen Dienstleistungen (z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich) heranzieht. Ein Vergleich der Einkommensverteilung vor und nach Steuern und Transfers belegt die große Rolle der staatlichen Umverteilung in Österreich und der EU (vgl. *Guger – Marterbauer, 2009* und Abschnitt 3).

Während vom Abgabensystem insgesamt in Österreich keine nennenswerten umverteilenden Wirkungen ausgehen, kommen die Staatsausgaben gemessen am Einkommen den unteren Einkommensschichten in deutlich höherem Maß zugute als den oberen Einkommensgruppen (*Guger – Marterbauer, 2009*). So fließt mehr als die Hälfte der Sozialausgaben in das untere Einkommensdrittel. Anspruch und Höhe von Sozialleistungen ergeben sich vielfach aus dem Familien- bzw. Haushaltszusammenhang. Die Umverteilungswirkung der öffentlichen Hand kann daher nur anhand der Haushaltseinkommen beurteilt werden.

Bis Ende der 1990er Jahre wurden in Österreich Haushaltseinkommen nur im Mikrozensus erfasst, seither zuerst im Europäischen Haushaltspanel (ECHP) und ab 2003 im Rahmen der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Um mehrere Bruchstellen zu vermeiden, werden an dieser Stelle nur Daten aus Mikrozensus und EU-SILC verwendet, letztere werden auch zur Analyse der relativen Verteilungsposition Österreichs in der EU im nächsten Abschnitt (3) herangezogen. Die

Vergleichbarkeit über die Zeit stellt dennoch in mehrfacher Hinsicht ein Problem dar. Zum einen sind die Ergebnisse aus Mikrozensus und EU-SILC nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Zum anderen wurden für beide Stichprobenerhebungen über die Jahre Änderungen im Erhebungskonzept durchgeführt, was beispielsweise für die erheblichen Unterschiede in den EU-SILC Ergebnissen für 2003 gegenüber den Folgejahren eine Rolle spielt.⁹⁾

Zur Beurteilung der Einkommensverteilung zwischen den privaten Haushalten werden im Folgenden unterschiedliche statistische Maße herangezogen. Zusätzlich zum Gini-Koeffizienten wird als zweites Maß zur Bestimmung der Einkommensungleichheit der Interquartilsabstand der Haushaltseinkommen berechnet. Dieser gibt an, um wie viel das verfügbare Einkommen eines Haushaltes an der Grenze des dritten und vierten Einkommensviertels (also eines Haushaltes, der gerade noch zu den reichsten 25% aller Haushalte zählt) von jenem eines Haushaltes an der Grenze vom ersten zum zweiten Einkommensviertel abweicht. Für die Berechnungen in diesem Abschnitt werden, sofern nicht anders vermerkt, die Einkommen der unselbstständigen Haushalte¹⁰⁾ nach Steuern und Transfers betrachtet (also das verfügbare Nettohaushaltseinkommen).

Übersicht 9 zeigt die Veränderung des Interquartilsabstands der verfügbaren Nettohaushaltseinkommen der unselbstständig erwerbstätigen Haushalte in Österreich seit 1983. Während der Abstand zwischen der Obergrenze des dritten Quartils und der Obergrenze des ersten Quartils in den 1980er Jahren von 84% auf 100% deutlich anstieg, fiel der weitere Anstieg in den 1990er Jahren laut Mikrozensus nur noch relativ schwach aus (1999: 103%). Auf Grundlage der Einkommensdaten im EU-SILC zeigt sich innerhalb des letzten Jahrzehntes ein deutlicherer Anstieg im Interquartilsabstand – besonders zwischen den beiden Perioden der Jahren 2004 bis 2006 und 2007 bis 2008 (+ sechs Prozentpunkte). In der Periode 2009/2010 verlangsamte sich dieser Trend jedoch wieder (+ zwei Prozentpunkte)¹¹⁾. Diese Abschwächung des Trends zur steigenden Einkommensungleichheit dürfte dabei auch auf den Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 zurückzuführen sein, da bedingt durch

⁹⁾ Die Auswertungsergebnisse aus EU-SILC für das Jahr 2003 werden demnach nicht für die nachfolgenden Darstellungen herangezogen.

¹⁰⁾ Die Abgrenzung von Haushalten nach unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit erfolgt in Bezug auf die Form des Haupterwerbseinkommens im Haushalt.

¹¹⁾ Die Einkommensinformationen der EU-SILC-Erhebung beziehen sich jeweils auf das Vorjahr, also auf die Jahre 2003 bis 2009. Um starke Schwankungen im Interquartilsabstand auf Grund der kleinen Stichprobe zu vermeiden werden die Einkommensinformationen des EU-Silc über jeweils zwei (bzw. drei) Jahre gemittelt.

Arbeitszeitreduktionen insbesondere in der exportorientierten Sachgütererzeugung die Jahresnettoeinkommen in ArbeiterInnenhaushalten rückläufig waren. Bestätigt wird diese Entwicklung durch die Betrachtung der Entwicklung der Jahresnettoeinkommen getrennt für ArbeiterInnen- und Angestelltenhaushalte. Dabei zeigt sich in den EU-SILC Daten eine relativ stabile Entwicklung des Interquartilsabstandes bei Angestelltenhaushalten in den Jahren 2008 bis 2010, während der Abstand bei ArbeiterInnenhaushalten im Jahr 2010 deutlich abfiel.

Übersicht 9: Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 bis 2010

Unselbständig Beschäftigte

	Relative Interquartilsabstände in %						
	Mikrozensus				EU-Silc		
	1983	1991	1997	1999	2004/06	2007/08	2009/10
Nettohaushaltseinkommen	84	100	104	103	98	104	106
Gewichtete Nettoeinkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)	82	83	73	72	65	70	67

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme und EU-SILC: 2003 bis 2008 (Einkommensangabe des Vorjahres); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Interquartilsabstand: Differenz Obergrenze 3. Quartil/Obergrenze 1. Quartil.

Auch die Haushaltsstruktur hat einen wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverteilung. So können Änderungen in der Anzahl und Größe der Haushalte sowie in der Anzahl von Beschäftigten je Haushalt die zeitliche Entwicklung von Ungleichheitsmaßen stark beeinflussen. Bereinigt um die Haushaltsgröße und die Haushaltszusammensetzung (Anzahl von Erwachsenen und Kindern im Haushalt) zeigen die gewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen) in Übersicht 9 eine merkliche Verringerung der Einkommensungleichheit im Laufe der neunziger Jahre. Insgesamt über alle Haushalte der Unselbständigen verringerte sich der Interquartilsabstand laut Mikrozensus von 83% (1991) auf 72% (1999). Geht man vom EU-SILC Wert für die Periode 2004 bis 2006 (65%) aus, kam es im laufenden Jahrzehnt tendenziell zu einer Steigerung der Ungleichheit (2007 bis 2008: 70%), die in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise allerdings wieder etwas rückläufig scheint (2009 und 2010: 67%). Die Schwankungen im Interquartilsabstand der Haushaltsnettoeinkommen dürften aber zum Teil auch auf die relativ kleine Stichprobe zurückzuführen sein, die der EU-SILC Erhebung zugrunde liegt.

Übersicht 10 zeigt die Veränderung des Gini-Koeffizienten der Nettohaushaltseinkommen in den Jahren 2004 bis 2010. Betrachtet man die Bevölkerung insgesamt (also inklusive selbstständiger Haushalte) sank der Gini-Koeffizient von 0,331 im Jahr 2004 auf 0,326 im Jahr 2006 und stieg danach wieder leicht an (2010: 0,333). Für die Haushalte ohne Selbstständige zeigt sich hingegen seit 2004 ein durchgehender, wenn auch schwacher Anstieg der Einkommensungleichheit. Im letzten verfügbaren Jahr kam es auf Ebene der Haushalte ohne Selbstständige sogar zu einem relativ starken Anstieg des Gini-Koeffizienten von 0,277 auf 0,284.

Zudem beschreibt Übersicht 10 die Entwicklung der Einkommensanteile der Haushalte entlang der fünf Quintile der Einkommensverteilung (jeweils ein Fünftel aller privaten Haushalte) unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und -zusammensetzung (Netto-Äquivalenzeinkommen)¹²⁾. Dabei zeigt sich eine leichte Abnahme der Einkommensanteile der unteren Quintile bis 2007. Während mit Ausnahme des vierten Quintils der Verlauf der Einkommensanteile bis 2008 weitgehend konstant blieb, erhöhte sich der Einkommensanteil des vierten Quintils leicht um 0,4 Prozentpunkte. Im Jahr 2010 fiel der Einkommensanteil des dritten und vierten Quintils recht deutlich (-0,3 bzw. -0,5 Prozentpunkte) insbesondere zugunsten des obersten Quintils (+0,8 Prozentpunkte). Während das oberste Quintil damit wieder jenen Einkommensanteil erreicht, den es vor der Krise im Jahr 2007 hatte, fallen die Einkommensanteile des zweiten, dritten und vierten Quintils sogar unter das Niveau des Jahres 2004 zurück. Diese Ergebnisse müssen allerdings angesichts der vergleichsweise geringfügigen Schwankungen und des Stichprobenfehlers mit Vorsicht interpretiert werden.

¹²⁾ Bei einer kompletten Gleichverteilung der Einkommen über alle Haushalte würde der Einkommensanteil jedes Quintils genau 20% ausmachen.

Übersicht 10: Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2004 bis 2010

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Gini-Koeffizient						
Nettohaushaltseinkommen							
Alle Personen	0,331	0,327	0,326	0,331	0,330	0,329	0,333
Ohne Selbständige	0,271	0,272	0,272	0,277	0,277	0,277	0,284
	Quintile						
Netto-Äquivalenzeinkommen							
Ohne Selbständige							
1. Quintil	10,6	10,4	10,3	10,3	10,5	10,5	10,8
2. Quintil	15,1	15,1	15,1	14,9	14,9	14,9	14,7
3. Quintil	18,4	18,5	18,4	18,1	18,3	18,3	18,0
4. Quintil	22,3	22,5	22,6	22,4	22,6	22,5	22,0
5. Quintil	33,7	33,6	33,5	34,3	33,7	33,7	34,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC, WIFO-Berechnungen.

4 Verteilungsposition Österreichs im europäischen Vergleich

Innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte ist die Ungleichheit der Einkommensverteilung in den meisten Ländern der OECD gestiegen. Im Durchschnitt aller OECD Länder stieg der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen seit Mitte der 1980er Jahre um etwa 10% (von 0,290 auf 0,316), wobei eine deutliche Variation zwischen den Mitgliedstaaten der OECD zu beobachten war (OECD, 2011). Auch innerhalb der europäischen Staaten zeigen sich deutliche Unterschiede in der Einkommensentwicklung innerhalb der letzten Jahrzehnte: so stiegen die niedrigen Einkommen (unteres Einkommensdezil) in manchen Ländern langsamer als die oberen Einkommensdezile (unter anderem in Österreich, Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Schweden), während sich in anderen Ländern eine entgegengesetzte Entwicklung zeigte (Belgien, Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien) (OECD, 2011).

Wie im Abschnitt 2 zur Entwicklung der personellen Einkommensverteilung dargestellt wird das Ausmaß der Ungleichheit von individuellen Arbeitseinkommen innerhalb der Erwerbsbevölkerung neben der Variation der Stundenlöhne der Beschäftigten, die sich unter anderem durch unterschiedliche Qualifikationsniveaus, Arbeitserfahrung und den Wirtschaftszweig ergeben, erheblich von Unterschieden im Beschäftigungsausmaß

(Arbeitsstunden pro Woche) und institutionellen Mechanismen wie Mindestlöhnen, dem Grad der kollektivvertraglichen Lohnverhandlung und Beschäftigungsschutzbestimmungen geprägt (vgl. Abschnitt 2).

Unterschiede in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der Haushalte zwischen einzelnen Ländern hängen zudem von Unterschieden in der allgemeinen Beschäftigungsquote (auch von Teilzeit- und Frauenbeschäftigungsquoten) und der Haushaltszusammensetzung ab (OECD, 2011). In dem Ausmaß, in dem beispielsweise Teilzeit- und Frauenbeschäftigungsquoten zwischen einzelnen Ländern variieren, ergeben sich auch Unterschiede im Ausmaß der Einkommensungleichheit zwischen den Haushalten. So ist beispielsweise die Frauenerwerbsquote in Schweden, Dänemark, den Niederlanden und Finnland deutlich über dem EU-Schnitt, während die Einkommensungleichheit dieser Länder gleichzeitig deutlich unterdurchschnittlich ist. Umgekehrt zeigt sich für Griechenland, Ungarn, Spanien, Polen und Rumänien eine überdurchschnittliche Einkommensungleichheit bei gleichzeitig niedrigen Frauenerwerbsquoten. Nicht zuletzt wird das verfügbare Einkommen der Haushalte erheblich durch die nationalen Steuer- und Transfersysteme beeinflusst. In Summe führen nationale Unterschiede in all diesen Bereichen zu einer erheblichen Heterogenität in der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen einzelner Länder¹³⁾.

Der folgende Abschnitt analysiert die gegenwärtige, relative Verteilungsposition Österreichs im europäischen Vergleich. Dabei stehen die Einkommensunterschiede auf Haushaltsebene sowie zwischen den Geschlechtern innerhalb der Europäischen Union im Vordergrund. Als Datengrundlage für die Analyse dient die Europäische Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), die für alle Länder der Europäischen Union vergleichbare Daten zur Einkommenssituation der Bevölkerung liefert.

¹³⁾ Eine detaillierte Analyse der Einflussfaktoren, die zu Unterschieden in der Einkommensverteilung einzelner Länder führen, geht über den Rahmen dieses Berichtes hinaus. Im Folgenden wird daher die relative Verteilungsposition Österreichs in der EU deskriptiv beschrieben.

4.1 Verteilungsposition auf Haushaltsebene

Abbildung 5 zeigt die Verteilungsposition der Mitgliedsländer der Europäischen Union auf Basis der EU-SILC Daten der Jahre 2008 und 2010¹⁴⁾. Als Maß für die Einkommensungleichheit dient dabei der Gini-Koeffizient auf Basis der verfügbaren Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen. Insgesamt erweist sich die Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb der EU als relativ heterogen, sowohl in Bezug auf die Variation des Gini-Koeffizienten im Jahr 2010, als auch in Bezug auf die Veränderung der Einkommensverteilung seit der Krise im Jahr 2008.

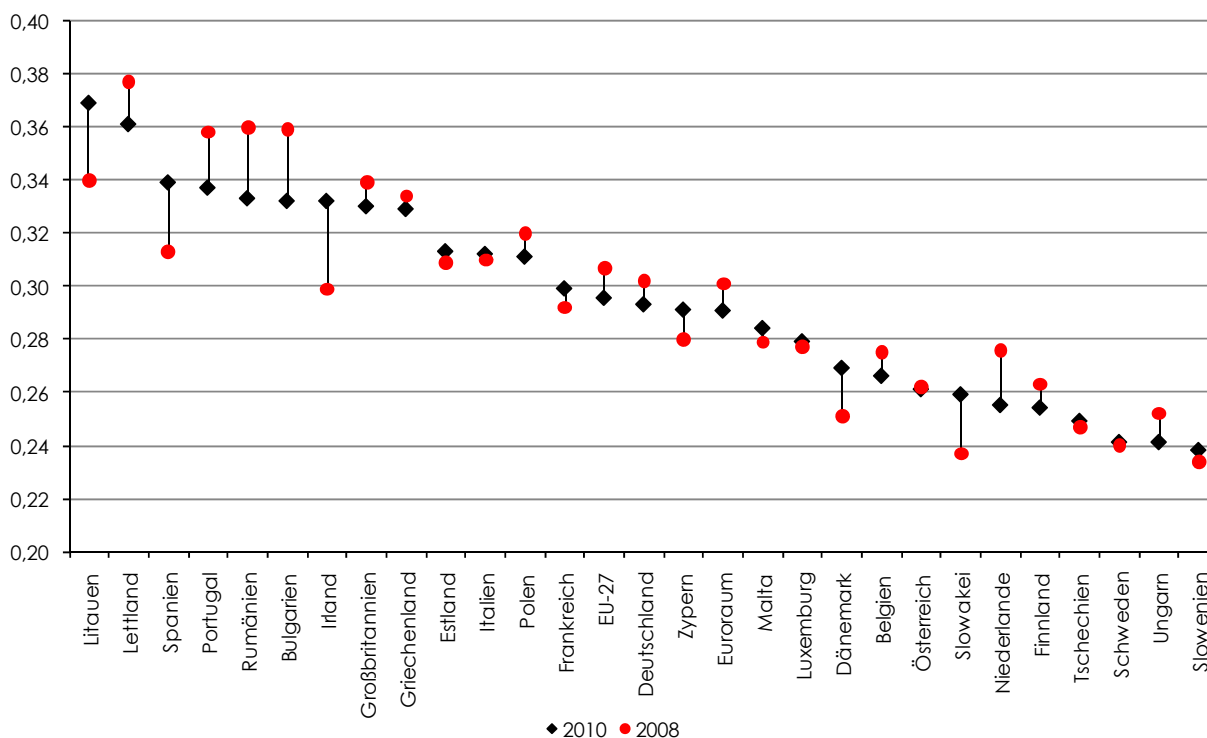
Sehr hohe Einkommensungleichheiten weisen dabei insbesondere Litauen und Lettland auf. Neben Großbritannien und Irland zeigen sich zudem in den meisten südlichen europäischen Ländern überdurchschnittliche Einkommensungleichheiten: in Spanien, Portugal, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Italien liegt der Gini-Koeffizient deutlich über dem Durchschnitt der EU-27. Weit unterdurchschnittlich hingegen ist die Einkommensungleichheit in den meisten nord- und mitteleuropäischen Staaten, insbesondere in Slowenien, Schweden, Ungarn, der Tschechischen Republik, Finnland und den Niederlanden. Auch Österreich liegt mit einem Gini-Koeffizienten von 0,261 deutlich unter dem EU-27 Durchschnitt von 0,295. Dies deutet auf eine gewisse Segmentierung innerhalb der Europäischen Union hin, mit (im Bezug auf die Verteilung von Haushaltseinkommen) egalitäreren Ländern in Mittel- und Nordeuropa und „polarisierteren“ Ländern in West- und Südeuropa sowie den neuen Mitgliedstaaten am Baltikum.

Neben der hohen Heterogenität hinsichtlich der Einkommensverteilung im Jahr 2010 zeigt sich zudem in den Jahren seit Beginn der Krise deutliche länderspezifische Unterschiede in der Entwicklung der Einkommensverteilung (vgl. *de Beer, 2012*): Während in einigen Ländern mit ohnehin hohen Einkommensungleichheiten der Gini-Koeffizient in den Jahren 2008 bis 2010 weiter gestiegen ist (Litauen, Spanien und Irland), fällt er im Vergleichszeitraum in einigen Ländern mit relativ niedriger Ungleichheit weiter (Ungarn, Finnland, Niederlande und Belgien). Daneben zeigt Abbildung 5 zudem einige starke Veränderungen innerhalb der letzten drei Jahre: insbesondere in Litauen, Spanien, Irland, Dänemark und der Slowakischen Republik ist die Ungleichheit der

¹⁴⁾ Die Ergebnisse der EU-SILC-Erhebungen beziehen sich jeweils auf die Einkommen des Vorjahres. Der nachfolgende Vergleich der Einkommensverteilung bezieht sich daher auf die Einkommen der Jahre 2007 und 2009.

Einkommen seit der Krise stark gestiegen, während sie in Lettland, Portugal, Rumänien, Bulgarien und in den Niederlanden deutlich gesunken ist. Für Österreich, Slowenien, Schweden, die Tschechische Republik und Luxemburg bleibt die Einkommensungleichheit hingegen auch nach der Krise auf vergleichsweise geringem Niveau stabil.

Abbildung 5: Entwicklung der Einkommensungleichheit in der EU
Gini-Koeffizient



Quelle: EUROSTAT. Gini-Koeffizient auf Haushaltsebene bereinigt um Haushaltsgröße.

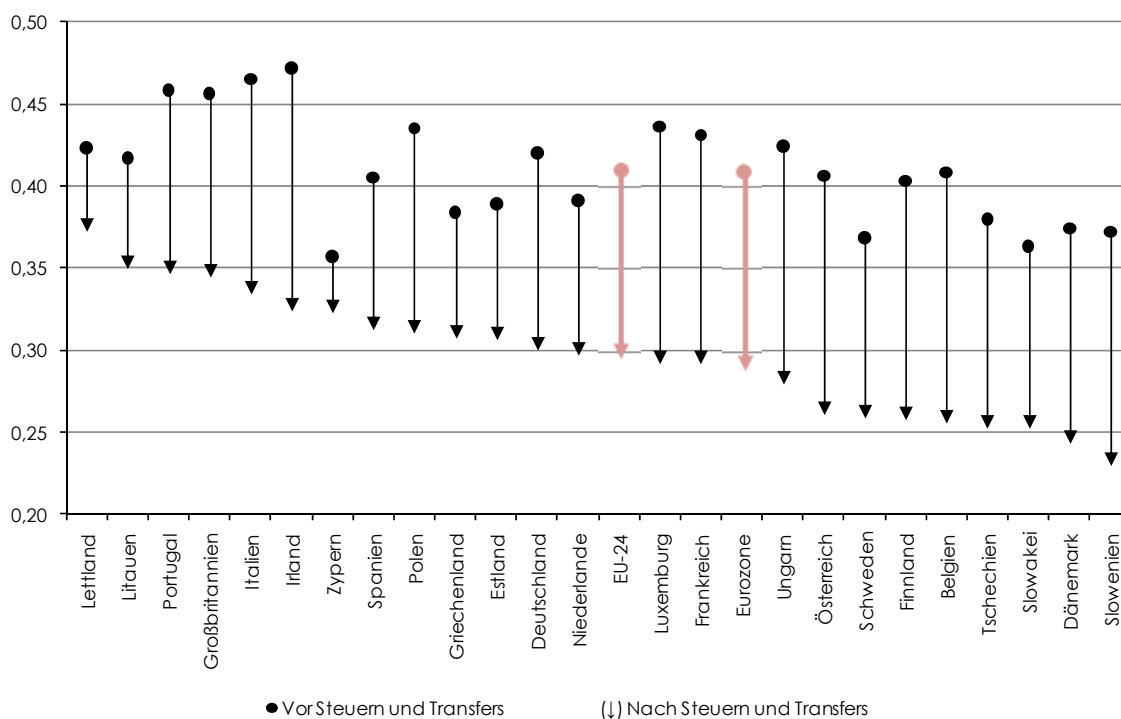
Abbildung 6 zeigt für 24 Staaten der EU¹⁵⁾ das Ausmaß der Veränderung der Einkommensungleichheit, die sich durch Steuern und Transfers ergibt. Dazu werden die Gini-Koeffizienten der einzelnen Länder bezogen auf das Primäreinkommen (Haushaltseinkommen vor Steuern und Transfers) der Haushalte dargestellt und den Gini-Koeffizienten der Haushaltseinkommen nach Steuern und Transfers gegenübergestellt. Die Differenz der Werte zeigt das Ausmaß, in dem die staatliche Umverteilung zur Abnahme der Einkommensungleichheit zwischen den Haushalten beiträgt.

¹⁵⁾ Für die Länder Bulgarien, Malta und Rumänien sind keine Werte vor Steuern und Transfers verfügbar.

In allen Staaten zeigt sich eine sehr große Bedeutung der öffentlichen Hand im Umverteilungsprozess durch Steuern und Transfers. In der gesamten Eurozone verringert sich der Gini-Koeffizient gemessen an den Primäreinkommen (Haushaltseinkommen vor Steuern und Transfers) von 0,410 auf 0,296 (-27,8%). Besonders deutlich ist diese Abnahme dabei in Slowenien (-38,2%), Belgien (-37,3%), Finnland (-36,0%), Österreich (-35,7%), Dänemark (-35,0%) und Ungarn (-34,2%). Schwächer ausgeprägt ist die Umverteilungswirkung hingegen in Zypern (-9,5%), Lettland (-12,1%), Litauen (-16,1%), Griechenland (-20,1%), Estland (-21,3%), Spanien (-22,7%), den Niederlanden (-24%), Portugal (-24,2%) und Großbritannien (-24,3%). Innerhalb der Europäischen Union herrschen demnach beträchtliche Unterschiede im Ausmaß der Umverteilung der Primäreinkommen durch den Staat.

Abbildung 6: Einkommensungleichheit vor und nach Steuern und Transfers in der EU (2008)

Gini-Koeffizient



Quelle: OECD Income Distribution and Poverty Database. Werte für Lettland, Litauen, Irland und Zypern beziehen sich auf 2007 (Q: Atkinson – Marlier, 2010).

4.2 Verteilungsposition nach Geschlecht

Der folgende Vergleich des geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiedes (Gender Pay Gap – GPG) zwischen einzelnen Ländern basiert auf der Betrachtung von durchschnittlichen Bruttostundenlöhnen von Frauen und Männern in den Mitgliedsstaaten der EU.

Der Gender Pay Gap gibt dabei die prozentuelle Abweichung des durchschnittlichen Bruttostundenlohnes aller beschäftigten Frauen von jenem der Männer innerhalb eines Landes an.¹⁶⁾ Unterschiede bezüglich Alter, Ausbildung, Tätigkeitsbereich, Berufserfahrung oder anderen Determinanten der Lohnhöhe werden im Folgenden nicht berücksichtigt obwohl sie von hoher Relevanz sind (vgl. Abschnitt 2 bzw. Plantenga und Remery (2006)). Es wird also der „unbereinigte“ Gender Pay Gap betrachtet. Der unbereinigte Gender Pay Gap gibt Aufschluss über Unterschiede in den realisierten Arbeitseinkommen, die unabhängig von Position, Alter oder Arbeitsmarkterfahrung von Männern und Frauen bezogen werden.

Die Betrachtung von Stundenlöhnen bereinigt die gemessenen Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen um Unterschiede im Beschäftigungsausmaß, verstellt aber gleichzeitig den Blick auf Unterschiede im Zugang von Frauen und Männern zu (regulären) Vollzeitbeschäftigungen. Daher wird dem Gender Pay Gap auch ein Vergleich der Erwerbs- und Teilzeitquoten gegenübergestellt, wodurch die Erwerbsposition der Frauen in der EU detaillierter dargestellt und verglichen werden kann.

Übersicht 11 zeigt den Gender Pay Gap gemeinsam mit den Teilzeitquoten von Frauen und Männern und der Frauenerwerbsquote der 15 bis 64-Jährigen für die fünf Staaten der EU mit den niedrigsten bzw. höchsten geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen. Dabei zeigt sich, dass einige Länder mit sehr niedrigen geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen gleichzeitig niedrige Frauenerwerbsquoten aufweisen. So weist Malta zwar einen vergleichsweise geringen Gender Pay Gap auf (Frauen verdienen hier im Durchschnitt um 6,1% weniger als Männer), dies aber zulasten einer allgemein geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen (39,3% im Vergleich zu 58,2% im EU-Durchschnitt). Ähnlich ist das Bild für Italien und

¹⁶⁾ Betrachtet werden dabei Beschäftigte in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten in den NACE Wirtschaftsklassen B bis S ohne O (öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Polen; hier liegen sowohl der Gender Pay Gap als auch die Frauenerwerbsquote deutlich unter dem EU-Durchschnitt (dieser beträgt etwa 16,4%). Hohe Frauenerwerbsquoten und geringe geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede schließen sich jedoch nicht zwangsläufig aus, so weist Slowenien den geringsten GPG innerhalb der EU auf (Frauen verdienen hier im Durchschnitt um 4,4% weniger als Männer) – bei einer überdurchschnittlichen Frauenerwerbsquote (62,6%).

In der Tschechischen Republik, Österreich und Deutschland zeigt sich hingegen ein GPG weit über dem europäischen Durchschnitt, bei gleichzeitig ebenso hohen Frauenerwerbsbeteiligungen. Dies deutet auf eine relativ starke geschlechtsspezifische Segregation der Arbeitsmärkte in diesen Ländern hin. So ist die Beschäftigungskonzentration von Frauen im Dienstleistungsbereich – beispielsweise im Einzelhandel, Gesundheits- und Sozialberufen – in Österreich nach wie vor hoch und im Zeitverlauf kaum rückläufig (*Horvath et al.*, 2012). In dem Maße, in dem das Einkommensniveau in Berufen, in denen Frauen überrepräsentiert sind, von jenem in Berufen mit hohen Männeranteilen divergiert, prägt diese geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes auch den Gender Pay Gap. Der Zusammenhang zwischen der Teilzeitquote der Frauen und dem GPG ist innerhalb der EU hingegen nur sehr schwach, die Korrelation beträgt 0,003.¹⁷⁾ Während in Ländern wie Österreich, und Deutschland der überdurchschnittliche GPG mit ebenfalls überdurchschnittlichen Frauenteilzeitquoten und Teilzeitquotendifferenzen zwischen Frauen und Männern („Teilzeitgap“) verbunden ist, zeigen andere Länder wie Belgien und Italien unterdurchschnittliche GPGs trotz markanter Teilzeitquotendifferenzen zwischen Frauen und Männern.

¹⁷⁾ Die Unterscheidung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung basiert in EU-SILC auf der spontanen Antwort auf die Fragen, ob eine Person vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig ist und nicht auf einer klaren Stundenabgrenzung.

Übersicht 11: Gender Pay Gap (GPG) in der Eurozone, 2010

	Gender Pay Gap	Teilzeitquote			Erwerbsquote – Frauen
	in %	Männer (in %)	Frauen (in %)	Teilzeitgap (in p.p.)	15-64 Jahre
	2010	2010	2010	2010	2010
Slowenien	4,4	8,6	14,7	6,1	62,6
Italien	5,5	5,5	29,0	23,5	46,1
Malta	6,1	6,0	25,0	19,0	39,3
Belgien	8,6	9,0	42,3	33,3	56,5
Polen	9,8	5,7	11,5	5,8	53,0
Zypern	21,0	6,5	12,7	6,2	63,0
Griechenland	22,0	3,7	10,4	6,7	48,1
Deutschland	23,1	9,7	45,5	35,8	66,1
Österreich	25,5	9,0	43,8	34,8	66,4
Tschechische Republik	25,5	2,9	9,9	7,0	56,3
Estland	27,6	7,1	14,5	7,4	60,6
EU-27	16,4	8,7	31,9	23,2	58,2
Euroraum	16,8	8,4	35,3	26,9	57,9

Quelle: EUROSTAT, GPG ist der Unterschied in den durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten der männlichen und weiblichen Beschäftigung in Prozent der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Die Werte des GPG 2010 für Estland und Griechenland beziehen sich auf 2008, für Polen auf 2009.

Literatur

- Altzinger, W., Berka, Ch., Humer, St., Moser, M., Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich 1957-2009, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 37. Jahrgang, 2011/4, S. 513-529 und 38. Jahrgang, 2012/1, S. 77-102.
- Atkinson, A., B., "The distribution of earnings in OECD countries", in: *International Labour Review*, 2007, 146(1-2), pp. 41-60.
- Atkinson, A., B., Piketty, T., Saez, E., "Top Incomes in the Long Run of History", in: *Journal of Economic Literature*, 2011, 49(1), pp. 3-71.
- Atkinson, A., B., Piketty, T., *Top Incomes: A Global Perspective*, Oxford, 2010.
- Atkinson, A., Marlier, E., *Income and Living Conditions in Europe, Luxemburg: Publications Office of the European Union*, 2010.
- Bach, S., Corneo, C., Steiner, V., "From bottom to top: The entire income distribution in Germany 1992-2003", in: *Review of Income and Wealth*, 2009, (55), pp. 303-330.
- Biffl, G., „Die ökonomische Situation der Frauen in Österreich“, in: *Frauenbericht 2010*, Wien, 2010, S. 465-502.
- Blau, F. D., Kahn, L. M., "Understanding international differences in the gender pay gap", *Journal of Labor Economics*, 2003, 21(1), pp. 106-144.
- Böheim, R., Himpele, K., Mahringer, H., Zulehner, Ch., *The Gender Pay Gap in Austria: Tamensi Movetur! WIFO-Working Papers*, 2011, (394).
- Breuss, F., „Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution“, *WIFO-Working Paper No. 296*, 2007.
- Coenen, G., Straub, R., „Non-Ricardian Households and Fiscal Policy in an Estimated DSGE Model of the Euro Area“, *Computing in Economics and Finance 2005*, 102, Society for Computational Economics, 2005.
- Davidsson, J., Naczyk, M., *The Ins and Outs of Dualisation: A Literature Review*, REC-WP 02/2009.
- De Beer, P., *The impact of the crisis on earnings and income distribution in the EU*, European trade union institute, working paper 2012.01, 2012.
- Dustmann, Ch., Ludsteck, J., Schönbert, U., *Revisiting the German Wage Structure*, IZA Discussion Paper, No. 2685, 2007.
- Felipe, J., Kumar, U., "Unit Labor Costs in the Eurozone: The Competitiveness Debate Again" *Levy Economics Institute, Working Paper No. 651*, 2011.
- Galí, J., López-Salido, D., Vallés, J., „Understanding the Effects of Government Spending on Consumption" *Journal of the European Economic Association*, vol. 5(1), 227-270, 2007.
- Geisberger, T., "Geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede", *Statistische Nachrichten*, 2007/7, S. 633-642.
- Guger, A., Marterbauer, M., *Umverteilung durch den Staat*, WIFO-Monatsbericht, 2009, (11).
- Gundert, St., Mayer, K., U., *Gender segregation in training and social mobility of women in West Germany*. In: *European Sociological Review*, 2012, 28(1), S. 59-81.
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (HV), *Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherungsträger 2011*, Wien, 2011.
- Horvath, T., Huemer, U., Kratena, K., Mahringer, H., *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer – Berufliche und Sektorale Veränderung 2010 bis 2016*, WIFO-Monographie, Jänner, 2012.
- Huber, P., *Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen; Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt*, WIFO-Monografie, August 2010.
- Keller, B., Seifert, H., *Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität*, WSI Mitteilungen, 2006, (5), S. 235-240.
- Leigh, A., "How Closely Do Top Income Shares Track Other Measures of Inequality?", in: *Economic Journal*, 2007, (117), pp. 619-633.
- Lutz, H., Mahringer, H., *Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle?*, WIFO-Monographie, Februar 2010.

- Möller, J., Schmillen, A., Verteilung von Arbeitslosigkeit im Erwerbsleben. Hohe Konzentration auf wenige – steigendes Risiko für alle, IAB-Kurzbericht, 2008, (24).
- OECD, Divided we stand – Why inequality keeps rising, OECD publishing, 2011.
- OECD, Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Paris, 2008.
- Olivetti, C., Petrongolo, B., "Unequal Pay or Unequal Employment? A Cross-Country Analysis of Gender Gaps", Journal of Labor Economics, 2008, 26(4), pp. 621-654.
- Pensionsversicherungsanstalt, Jahresbericht 2010, Wien, 2011.
- Plantenga, J., Remery, C., The gender pay gap. Origins and policy responses. A comparative review of thirty European countries, 2006.
- Schmid, G., Übergänge am Arbeitsmarkt. Arbeit, nicht nur Arbeitslosigkeit versichern, Berlin, 2011.
- Selk, M., Geschlecht und Berufswahl: Ein Beitrag zur Theoriebildung und empirischen Erfassung geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens, Europäische Hochschulschriften, Reihe 22, Soziologie, 96, Frankfurt, 1984.
- Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung 2010, Wien 2011.
- WIFO, Prognose für 2012 und 2013: Euro-Raum vorübergehend in Rezession, WIFO-Monographie, März 2012.